

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgelb),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Petition oder deren Raum 30 A.

Das Flugblatt

 des Deutschen Bauarbeiterverbandes wird am 22. und 23. Oktober verbreitet. Jedes Verbandsmitglied muß ein Blatt erhalten!

Eine neue Bresche!

Wiederum hat eine große deutsche Arbeitergruppe nach einem langwierigen Kampfe einen schönen Sieg errufen: Der Werftarbeiterkampf wurde nach nahezu zehnwöchiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet. Wie die Dinge lagen, konnte man diese rasche Wendung zum Guten kaum noch erwarten, vielmehr mußte man mit der Wahrscheinlichkeit einer noch nie dagewesenen Niesenausperrung rechnen, die das deutsche Wirtschaftsleben zum zweiten Mal in diesem Jahre aufs allerschwerste geschädigt hätte. Diese gewaltige Ausdehnung des Kampfes ist nun dank der Festigkeit und der guten Vorbereitung der Arbeiterorganisationen vermieden worden. Zwar haben auch die Werftarbeiter nicht alles erreicht, was sie gefordert hatten — in materieller Beziehung bleiben sie sogar erheblich hinter dem zurück, was sich die Bauarbeiter in diesem Frühjahr zu erkämpfen vermochten — aber die Bedeutung ihres Sieges bleibt hinter der Bedeutung des Bauarbeitersieges kaum zurück. An die Siege der Bauarbeiter war man gewöhnt; denn die Bauarbeiter hatten das autokratische Regiment ihrer Unternehmer in zahlreichen Einzelgefechten niebergeköpft und sich die Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen. Bei ihnen handelte es sich, abgesehen von dem Streben nach einer materiellen Verbesserung ihrer Lage, im wesentlichen darum, bereits erkämpften gegen die reaktionären Pläne eines machtlösterischen Unternehmertums zu verteidigen. Ganz anders lagen die Verhältnisse bei den Werftarbeitern, die nicht nur einem machtlösterischen, sondern auch einem wirklich mächtigen Unternehmertum gegenüberstanden, einem Unternehmertum, das man bis vor kurzer Zeit für fast unbesieglich gehalten hatte. Und daß die Arbeiter gegen dieses Unternehmertum, dem noch der Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands zu Hilfe eilte, zu siegen vermochten, das ist es, was dem Ausgang des Werftarbeiterkampfes seine besondere Bedeutung verleiht.

Wir wollen den Verlauf des Kampfes hier kurz skizzieren. Am 4. August traten die Hamburger Werftarbeiter in den Streik ein, weil ihre Forderungen auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, Einführung von Mindest- oder Einstellungsgehältern, Gewährung einer zehnpromzentigen Lohnerhöhung, Regelung der Affordarbeit und Einschränkung und Regelung der Überzeitarbeit von den Werkbestyrern nicht nur brüsk abgelehnt, sondern von diesen auch erklärt worden war, daß statt einer Lohnerhöhung eher eine Lohnermäßigung gerechtfertigt sei. Als Antwort auf den Streik in Hamburg erfolgte am 11. August die Ausperrung von 60 pzt. aller auf den Seefischwerften beschäftigten Arbeiter, worauf sich die übrigen 40 pzt. ihren Kollegen sofort anschlossen und ebenfalls in den Streik eintraten. Ende August wurde dann von dritter Seite der Versuch zur Einleitung von Verhandlungen gemacht. Da aber die Werkbestyrer verlangten, daß außer den Vertretern der beteiligten freien, christlichen und kirchlich-Dumckerischen Arbeiterorganisationen auch die Vertreter der Gelben an den Verhandlungen teilnehmen sollten, was die Arbeitervertreter entschieden ablehnten, so kam es zu solchen Verhandlungen zunächst nicht. Inzwischen legten auch die Arbeiter in den Landbetrieben, wo die Aufsertigung von Streikarbeit verlangt wurde, die Arbeit nieder.

Als die im Kampfe stehenden Unternehmer einsahen, daß sie allein mit den Arbeitern nicht fertig werden konnten, riefen sie den Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands um Hilfe an, der denn auch sofort beschloß, am 8. Oktober 60 pzt. aller in den Betrieben seiner Mitglieder beschäftigten Arbeiter auszusperrn. Wäre der Beschluß in die Tat umgesetzt worden, so wären am 8. Oktober etwa 400 000 Metallarbeiter ausgesperrt worden. Aber Beschlüsse sind leichter zu fassen als durchzuführen, das wußte auch der Verband der Metallindustriellen, auf den offenbar der Ausgang der diesjährigen Bauarbeiterausperrung nicht ohne Wirkung geblieben ist. Er mochte aber gleichwohl hoffen, daß die im Kampfe stehenden Arbeiter schon durch die Ausperrungsandrohung zu Kreuzen kriechen oder daß sie von ihren Organisationen zur Aufgabe des Kampfes gezwungen werden würden. Allein bei den Arbeitern hatte die Ausperrungsandrohung nur die Wirkung, daß sie sich sofort mit aller Macht auf die Ausperrung vorbereiteten. Der Metallarbeiterverband schrieb Ertrabeiträge aus und verfügte, daß in den ersten 14 Tagen der Ausperrung keine Unterstützung zu zahlen sei. Das brachte den Metallindustriellenverband zur Besinnung, so daß er, nachdem er in den ersten Verhandlungen völlig ungenügende Angebote gemacht hatte, schließlich noch im letzten Augenblick annehmbare Zugeständnisse machte und beschloß, die Ausperrung am 8. Oktober nicht eintreten zu lassen. Die wöchentliche Arbeitszeit soll in Hamburg von 56 auf 55 Stunden und in den übrigen Werkstätten von 57 auf 56 Stunden verkürzt werden. An den Tagen vor den hohen Festen ist zwei Stunden früher Feierabend. Die Einstellungsgehälter werden sofort um 2 1/2 erhöht; der niedrigste Einstellungslohn darf nicht unter 40 1/2 betragen. Alle Arbeiter erhalten eine sofortige Lohnerhöhung von 2 1/2 und einen weiteren Pfennig am 1. Januar 1911 als Ausgleich für die verkürzte Arbeitszeit. Am 1. Januar 1911 wird die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt, die am Freitag stattfinden soll. Die Affordsätze sollen geregelt werden und bei Entlassungen oder freiwilligem Austritt voll zur Auszahlung kommen. Für Ueberstunden ist ein Aufschlag von 25 und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 pzt. festgesetzt. Einige untergeordnete Punkte sollen noch durch paritätisch zusammengesetzte örtliche Kommissionen geregelt werden.

So erfreulich nun diese materiellen Erfolge auch sind, so sind sie unseres Erachtens in diesem Kampfe doch nicht die Hauptsache. Viel wichtiger erscheint uns die Tatsache, daß durch den Ausgang dieses Kampfes in das Diktatorregiment des größten und mächtigsten deutschen Scharfmacherverbandes die erste größere Bresche gelegt worden ist. Jahrzehntlang hat der Metallarbeiterverband unter den schwierigsten Umständen gegen einen übermächtigen Gegner um die Anerkennung seiner Gleichberechtigung, um die Gleichberechtigung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft. Zahlreiche Einzelkämpfe hat er geführt und noch viel zahlreicher waren die Maßregelungen, die seine Mitglieder über sich ergehen lassen mußten. Lange genug schien es, als ob die Niesenmacht der Industriellen nicht zu brechen und die Autokratie der Arbeitsherren nicht zu bestegen wäre; aber mit stetig neuem Mut gingen die Metallarbeiter an die Arbeit, um unter ihren indifferenten Berufsgenossen neue Kämpfer für ihre Sache zu werden, die Organisation zu stärken und so die Grundlage für spätere

Erfolge zu schaffen. So wurde der Metallarbeiterverband eine Macht, mit der auch die stärkste Unternehmerorganisation und das autokratischste Scharfmachertum zu rechnen hat. Diese Macht, die durch die Opferwilligkeit der Arbeiter noch bedeutend gestärkt wurde, war es, die die Industriellen jetzt zu Verhandlungen mit den gegnerischen Organisationen und zu Zugeständnissen an die Arbeiter zwang, und die damit gleichzeitig den Weg frei machte für eine weitere Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses in der Metallindustrie. Der Verband der Metallindustriellen mußte sein so zahl verteidigtes Prinzip, mit keiner Arbeiterorganisation zu verhandeln oder irgendwelche Abmachungen zu treffen, aufgeben; er mußte den Metallarbeiterverband als gleichberechtigt anerkennen, mußte mit ihm verhandeln und Vereinbarungen treffen. Ebenso mußte er sein Prinzip, keinerlei Mindestlöhne zu bewilligen, fallen lassen. Der Metallarbeiterverband hat also den größten deutschen Scharfmacherverband zur Anerkennung der Parität bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gezwungen, und wenn auch formell noch kein Tarifvertrag zustande kam — an dem übrigens die Werftarbeiter vorläufig gar kein Interesse haben —, so dürfte doch auch der Abschluß von Verträgen zwischen den beiden mächtigen Organisationen nur noch eine Frage der Zeit sein.

Der Ausgang des Kampfes ist um so erfreulicher, wenn man bedenkt, daß man in den letzten Jahren auf Arbeiterseite der Entwicklung der Arbeitskämpfe hier und dort mit großer Beforgnis entgegen sah und insbesondere besürchtete, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe infolge der Ausbreitung der Unternehmerorganisationen immer erfolgloser werden, ja daß die Unternehmer durch die Androhung von Niesenausperrungen jede Initiative der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage unmöglich machen könnten. Schon der Verlauf der Bauarbeiterausperrung hat gezeigt, daß diese Beforgnis unbegründet ist, sobald nur die gewerkschaftlichen Organisationen auf dem einmal erklimmen Standpunkt nicht stehen bleiben, sondern sich der Entwicklung der Unternehmerorganisationen entsprechend selbst weiter entwickeln, indem sie jede Machtvergrößerung der Unternehmer durch eine Vergrößerung ihrer eigenen Macht sofort ausgleichen. Wenn die Unternehmer wissen, daß die Arbeiterorganisationen auch durch Niesenkämpfe nicht niederzuringen sind, dann werden sie sich die Entfesselung solcher Niesenkämpfe vorher reiflich überlegen, weil sie wissen, daß sie sich damit nur selbst und andern riesige Wunden schlagen, ohne doch ihr Ziel, wenigstens auf die Dauer, erreichen zu können. Diese unsere Meinung wird durch den Ausgang des Werftarbeiterkampfes nur bestätigt. Er zeigt unseres Erachtens deutlich, daß die Macht der Arbeiterorganisationen im Verhältnis zu der der Unternehmerorganisationen nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Machtlos würden die gewerkschaftlichen Organisationen nur werden, wenn sie selbst an ihrer Kraft verzweifeln würden, wenn sie kleinmütig die Hände in den Schoß legen wollten, anstatt an ihrem weiteren Ausbau und an der Erziehung ihrer Mitglieder zu opferfreudigen Kämpfern zu arbeiten.

Freilich werden die Arbeiter auch in Zukunft ebensowenig aus allen Kämpfen siegreich hervorgehen wie in der Vergangenheit, sondern der Ausgang der Kämpfe wird auch ferner, wie bisher, von den jeweiligen Verhältnissen abhängig sein. Es scheint uns auch, als ob die Situation, in der die Werftarbeiter den Kampf aufnahmen, für diese besonders günstig war. Abgesehen

von der aufsteigenden Konjunktur, in der den Metallindustriellen die helfende Ausperrung besonders schwer gefallen wäre, hat auf diese zweifellos auch der Ausgang der jahrelang vorbereiteten Ausperrung im Baugewerbe ernüchternd gewirkt. Auch die politische Situation, die erregte Stimmung im Volke und die Tatsache, daß eine nochmalige Massenausperrung die schlechte Situation für die Regierung und die reaktionären Parteien bei den bevorstehenden Reichstagswahlen noch mehr verschlechtert hätte, dürfte die Metallindustriellen mit von der Ueberstimmung des Bogens zurückgehalten und zum Nachgeben veranlaßt haben, ebenso wie im Jahre 1907 die Berliner Bauunternehmer durch den Ausgang der Reichstagswahlen und die ganze politische Situation in ihrem Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter gestärkt worden sind. Aber alles das kann uns nicht zu der Ueberzeugung bringen, daß die Gewerkschaften in Zukunft den Unternehmerorganisationen gegenüber machtlos sind, sondern es beweist uns nur, daß sie vor künftigen großen Kämpfen die Verhältnisse reiflicher als je zu prüfen haben und daß im übrigen die Vergrößerung ihrer Macht ihre vornehmste Aufgabe sein muß.

Nach Niederschrift des vorstehenden Artikels haben die Werftarbeiter in überfüllten und zum Teil recht stürmisch verlaufenen Versammlungen zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung genommen. Es ist ganz begrifflich, daß sie noch dem langen Kampfe mit dem materiellen Ergebnis des Kampfes nicht zufrieden waren und daß sich deshalb eine heftige und starke Opposition gegen die Wiederaufnahme der Arbeit geltend machte. Die Arbeiter fühlen sich mit Recht als Sieger, und der Siegespreis erscheint ihnen viel zu gering. Schließlich wurde aber doch die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, und zwar in Hamburg, wo der Kampf seinen Ausgang nahm, mit 2753 gegen 2173 Stimmen. Die Hamburger Werftarbeiter beschlossen aber gleichzeitig, bei der Hamburg-Amerika-Linie und der Boermann-Linie die Arbeit nicht aufzunehmen, weil diese Linien es ablehnten, den Einigungsbedingungen zuzustimmen. In Kiel erklärten sich 1373 Stimmen für und 1186 Stimmen gegen die Wiederaufnahme der Arbeit. In Rostock und Stensburg wurde die Arbeitsaufnahme gleichfalls beschlossen. In Stettin dagegen ergab sich eine kleine Mehrheit für Nichtaufnahme der Arbeit. Da aber zur Fortsetzung des Streiks eine Dreiviertelmajorität notwendig gewesen wäre, so gilt der Streik auch für Stettin als beendet.

Wurde nun schon der Abbruch des Kampfes nur mit geringer Majorität beschlossen, so ergaben sich bei der Wiederaufnahme der Arbeit neue von den Werften verschuldete Schwierigkeiten, die der Unzufriedenheit unter den Arbeitern neue Nahrung gaben. Die Werften lehnten nicht nur die gleichzeitige Wiedereinstellung aller Arbeiter ab — was ihnen vielleicht auch nicht möglich war —, sondern wollten teilweise sogar noch eine Auslese vornehmen. So kam es denn, daß die Arbeiter einzelner Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen verweigerten, während die Arbeit in anderen Betrieben geschlossen aufgenommen wurde. Es ist aber zu hoffen, daß die

noch schwebenden Differenzen schon in den nächsten Tagen erledigt werden und der Friede auf der ganzen Linie gesichert wird.

Organisierter Klassenkampf.

IV.

Die moderne Arbeiterbewegung, und zwar die gewerkschaftliche noch mehr als die politische, beruht auf starken, nach innen und außen kraftvollen Organisationen. Wir haben aus der Sozialgeschichte gelernt, daß unorganisierte Massen nicht inslande sind, dauernde Erfolge zu erringen. Und heutzutage, da sich das Ausbeutertum eine geradezu unsterbliche Organisation schafft, da es den staatlichen Organismus und auch die kirchlichen Organe zu seinen Zwecken mißbraucht, heutzutage ist es weniger denn je möglich, mit unorganisierten, bunt zusammengewürfelten Heerhaufen den Kapitalismus über den Haufen zu werfen. Und selbst wenn dies, was ganz ausgeschlossen erscheint, gelingen sollte, so würde doch die Neubildung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung an der Disziplinlosigkeit der Massen scheitern. Diese Auffassung, die jeder Mensch teilen muß, der etwas von sozialer Entwicklung versteht, bedeutet keinen Vorwurf gegen die noch rückständigen Volkselemente, da diese an ihrer Rückständigkeit größtenteils keine persönliche Schuld tragen, sondern sie soll uns lediglich Fingerzeige geben, wie wir die Entwicklung zu beeinflussen haben. Den Organisationsgedanken müssen wir um so stärker betonen, je umfangreicher und schärfer unsere Kämpfe werden und je mehr die Desorganisation noch in den Massen drin steckt.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so brauchen wir unsern Lesern wohl nicht erst auseinanderzusetzen, welche Anforderungen die Zukunft an uns stellen wird. Und wo bliebe wohl unsere Hoffnung auf Sieg, wenn wir nicht die feste Gewißheit hätten, daß unsere proletarischen Organisationen nicht nur immer mehr anschwellen, sondern auch innerlich gefestigter dastehen werden? Bei Erörterung des zweiten Punktes brauchen wir nur die Augen zu öffnen, um zu sehen, wieviel Organisationsarbeit wir noch zu leisten haben, ehe wir das heißersehnte Ziel erreichen werden. Solange sich noch Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen gegen die Organisationsversuche des klassenbewußten Proletariats ablehnend verhalten oder sich in Organisationen befinden, die den ersten, nachrücklichen Klassenkampf verwerfen, solange sich noch in den Reihen der Klassenkämpfer selbst solche scharfe Gegensätze zeigen, wie dies zwischen uns und den Sozialisten der Fall ist, solange noch zahlreiche organisierte Arbeiter in ihrem Innern dem Organisationsgedanken fernstehen, anstatt mit Kopf und Herz bei der Sache zu sein, solange haben wir wahrlich alle Ursache, immer und immer wieder die Notwendigkeit straffer Organisierung zu betonen. Dies müssen wir besonders den Genossen klar machen, die aus mißverstandenen Freiheitsgefühl, aus der Ungebundenheit ihres Temperaments heraus oder aus persönlicher Verstimmung Organisationszersplitterung treiben.

Und gerade weil wir, denen die Organisation des Proletariats zu einer Herzenssache geworden ist, die Gefahr einer Desorganisation so deutlich empfinden, des-

halb wenden wir uns mit solcher Schärfe gegen jene Theoretiker vom Schlage der Genossen Burgenburg, die die unorganisierten Massen umschmeicheln und in deren Klassenbewußtsein die Triebkraft der sozialen Entwicklung erblicken. Ist es nicht ein Hoh, wenn diese Genossen uns warnt, die Bedeutung und die politische Reife der unorganisierten Massen zu unterschätzen? Und ist es nicht sehr bezeichnend, daß sie mit dieser Verhimmelung der Disziplinlosigkeit den Beifall der Anarchisten, Anarcho-sozialisten und ähnlicher Einspänner auslöst? Man höre nur diese Leute und beobachte ihre Freude darüber, daß die blutige Noja den Führern einmal gründlich die Wahrheit sagt. Kam man es uns da verdenken, wenn wir den organisierten Klassenkampf propagieren und gegen Klassenfront machen, die, falls man sie zu verwirklichen suchte, dem Proletariat tiefe Wunden schlagen und die Arbeiterbewegung um Jahrzehnte zurücksendern würden?

Glücklicherweise haben die Gewerkschaftsführer ein stark ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl und sie halten es infolgedessen für ihre Pflicht, die Arbeiter vor Provokationen zu warnen und zu verhindern, daß sie sich zu unüberlegten Schritten hinreißend lassen. Denn darauf läuft ja im Grunde genommen die ganze Burgenburgsche Propaganda des Massenstreiks hinaus. Sie will die Massen ansetzen, über die Straßendemonstrationen hinauszugehen, und in dunklen Andeutungen redet sie von der schärferen Mitteln, die zur Anwendung kommen müssen. Und dabei geht sie von völlig phantastischen Voraussetzungen aus. Man lese nur ihre begeisterte Schilderung einer proletarischen Massenbewegung. Mit einer verächtlichen Handbewegung schiebt sie den Einwurf beiseite, daß noch große Scharen der Arbeiter abseits, wenn nicht gar im gegnerischen Lager ständen:

„Wir haben gar keinen Grund, auch in dieser Hinsicht pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Nicht ewig wird die Blindheit dieser genasführten Proletarier dauern, und ich sage Ihnen, wenn es ein Mittel gibt, um bei diesen irreführten proletarischen Massen des Zentrums und der andern bürgerlichen Parteien den Klasseninstinkt, das Klassenbewußtsein, plötzlich, wie über Nacht, aufzuklären zu lassen, so ist es eine große, kühne Massenaktion des sozialdemokratischen Proletariats. Denn, mögen die kleinen Kniffe und Schliche der jesuitischen Verdamungspolitik für den grauen Alltag, für das parlamentarische Getriebe ausreichen, wenn Momente kommen, wo die Entscheidung über große Fragen, über große Probleme des politischen und sozialen Lebens aus den Parlamenten heraus auf die Straße gerzert wird, aus den Parlamenten, wo glattschnigge Herren einen Punkt um die Dinge zu verbreiten wissen, in dem sich einfache Leute nicht gleich zurechtfinden, wenn die Dinge auf die Straße gerzert werden und in großen Auseinandersetzungen zwischen den Massen des Proletariats und seinen Gegnern zum Austrag kommen, dann erwacht in jedem Proletarier der Klasseninstinkt mit elementarer Gewalt, dann fühlen auch die ehrlichen Arbeiter, daß sie Fleisch von unserm Fleisch und Blut von unserm Blut sind.“

Die Genossen hat wirklich einen bergeregernden Glauben an die Wunder, die eine Volksmasse verrichten wird, die heute noch keine Spur eines Klassenbewußt-

Soziale Dichtung.

Die meisten individuellen Schöpfungen sind Produkte, die aus dem Milieu der augenblicklichen Verhältnisse geboren wurden; es sind Kinder ihrer Zeit. Dies trifft auch auf die schöne Literatur im allgemeinen zu, ganz besonders aber auf die soziale Dichtung, die, da sie gezwungen ist, Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entwicklung und gleichzeitig mit der Kultur zu gehen, noch verhältnismäßig jung in unserm an literarischen Schöpfungen außerordentlich reichen Vaterlande ist. Im nachfolgenden geben wir einen kurzen Überblick über die deutsche Literatur vom Beginn ihrer Blütezeit bis zu dem Hervortreten der belletristischen Richtung, die sich nicht mehr mit der scharfen Opposition in politischen Dingen gegen die jeweilige staatliche Reaktion begnügt, sondern die selbst in den Niederungen des bierden Standes wurzelt und der Arbeiterklasse aus dem Herzen spricht.

Wenn wir die früheren, die moderne Arbeiterklasse wenig interessierenden Abschnitte überspringen, sehen wir im letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts Geister in der deutschen Literatur tätig, die unsere Sprache für die hochdeutsche Dichtung erst gefügig machten und das Publikum errogen und vorbereiteten. Es ist die Epoche der Gottscheds, Gellerts und Klopstocks. Ihr folgte die Periode der Klassiker, die Sturm- und Drangzeit der deutschen Literatur, die sich, um nur einige zu nennen, an die Namen Lessing, Schiller und Goethe knüpft. Ihnen folgten an der Schwelle des neuen Jahrhunderts die Romantiker Schlegel, Chamisso, Eichendorff usw., die die Reaktion, den Gegenatz zur klassizistischen Schule bildeten und die mit ihren schöpferischen Gedanken und Ideen ins finstere katholische Mittelalter schickten. Wir übergehen die Schopenhauer'sche Schule (Wagner, Schopenhauer) und kommen zu den Dichtern der Restaurationszeit Bürger, Heine, Herwegh, Hoffmann

v. Fallersleben, Freiligrath, Grün und Renau. Diese Männer begaben sich alle auf das Gebiet der Politik und machten ihrem Jörn über die reaktionären Zustände in Deutschland in ungehämmtten Worten Luft, was für einige von ihnen langjährige Verfolgungen nach sich zog (Seine Herwegh, Freiligrath). Hieran schloß sich eine zum größten Teil unfruchtbare Epoche. Von Hebel und einigen wenigen Großen abgesehen, entwickelte sich jetzt jene Periode, die wie Noda Noda einmal schrieb, mit dem Trompeter von Säckingen beginnt und mit der Berliner Siegesallee aufhört. Sie dauerte bis zu Beginn der achtziger Jahre, während welcher langen Zeit die politische wie überhaupt die kräftige, ternige Dichtung verfiel war. Hinweisen müssen wir aber noch auf die beiden Romanistiker Friedrich Spielhagen und Robert Schweißel, die bereits in jener Periode ihre männlichen Gestalten zimmerten. Zu Beginn der achtziger Jahre begann sich in Deutschland eine neuere Literaturströmung bemerkbar zu machen; sozialdemokratische Gedanken regten sich in manchen Schöpfungen. Die Opposition auf politischem Gebiet der dreißiger und vierziger Jahre, die sich in der geistlichen Dichtung Lungentum hatte, fand jetzt eine Fortsetzung auf sozialem Gebiet. Die moderne Zeit war herein gebrochen und deren Kerkend tat sich durch Dichtermund kund. Gegen die saloppe Mabeliteratur gingen erstmalig in ihren „Kritischen Wassengängen“ die Brüder Hart vor. Am stärksten aber ist wohl das 1885 erschienene „Buch der Zeit“ von Arno Holz ein. Mit mannhaften Worten und äußerster Schärfe redt sich in diesen Versen, deren Reklime man nur auf das lebhafteste empfehlen kann, der neue Geist empor. Arno Holz wurde einer der Führer des jüngsten Deutschland. Im dieselbe Zeit erschienen auch die ersten Romane von Max Kröner, deren Stoffe dem Berliner Arbeiter- und Kleinbürgerleben entnommen waren und damals — wie auch heute noch — viel gelesen wurden. Auf dem Gebiete der Lyrik und — wie diese handelte

es sich zumeist, waren zwei den deutschen Arbeitern sehr bekannte junddeutsche Dichter tätig: Karl Gendel und Hermann Conzab. Ersterer hat sich auch als Sammler klassischer Gedichte betätigt, die in Arbeiterkreisen weiten Eingang gefunden haben. Zünder der als die Schöpferin der genannten Literatur aber die Werke zweier Großen der deutschen Literatur ein: Gerhard Hauptmann und Hermann Sudermann. Vor zwanzig Jahren wurde in Berlin die „Freie Bühne“ eröffnet, um die sich eine Schar gleichgesinnter Pfadfinder sammelte. 1890 wurde dort Hauptmanns soziales Drama „Vor Sonnenaufgang“ aufgeführt. Zwei Jahre später erschienen seine „Weber“, die den Dichter zum Führer der neuen Bewegung stempelten. Sudermanns „Ehre“ war ebenfalls 1890 erschienen und machte den Dichter, der den Realismus auf die Bühne gebracht hatte, zum gefeierten Mann. Leider haben beide Dichter nicht das gehalten, was sie in ihren Erfindungen versprochen hatten. Sowohl die „Ehre“ als auch die „Weber“ sind in keinem späteren Produkt ihrer Schöpfer übertrouffen worden, ja, das nachfolgende konnte ihnen nicht einmal an die Seite gestellt werden, und heute hat die Literaturkritik schon beide für alle Zukunft totgefagt. Auch J. S. Wadach und H. Dehmel müssen als soziale Dichter der Gegenwart noch genannt werden. Alle diese Künstler waren Angehörige der besitzenden Klasse und nur ihrer Idealismus hat sie in ihrem Schaffen zu den Problemen geführt, deren künstlerische Lösung einmal ganz der besitzlosen Klasse zufallen wird.

Inzwischen hat sich aber eine neue, ausgeprochen sozialistische Schule herausgebildet. Wir brauchen nur auf die Namen Franz Diederich, Karl Frohne, des langjährigen Mitarbeiters des „Grundstein“, Ludwig Lessing, Otto Krille u. a. hinzudeuten. Diese Autoren, die allesamt an der sozialistischen Presse tätig sind, allerdings nicht alle dem Proletariat entnommen, haben allgemein anerkanntes geschaffen und die neueste deutsche Lyrik um manch gutes

Kollektivwillens zeigt. Wenn sie darauf hinweist, daß bereits christliche Organisationen gemeinsam mit uns Lohnkämpfe geführt haben, so überieht sie, daß von einem solchen Kampfe bis zu einem Massenstreik noch ein weiter Schritt ist. Wir nehmen keinen Anstand, die Rede von der Genossin Luremburg: „In dem Moment, wo in Berlin die geladeten Pferde aus der Nordtürme austritten und die geladenen Kanonen losbohrten, da gibt es in ganz Deutschland ein solches Echo, daß den Herrschenden Hören und Sehen vergehen wird“, für eine bramarbasierende Phrase zu erklären, trotz des „stürmischen, minutenlangen Beifalls“, den sie in der Versammlung gefunden hat.

Die Genossin Luremburg verhehlt sich keineswegs, daß der von ihr propagierte unorganisierte Klassenkampf vorwiegend für große Opfer an Blut und Leben fordern wird, aber das verschlägt nichts; denn wo joviell Opfer auf dem Schlachtfelde des Bürgerkrieges und der Arbeit gefallen sind und noch immer fallen, da kommt es auf einige tausend mehr oder weniger nicht an. Eine merkwürdige Logik und eine Gemütsroheit fondergleichen! Auch im Proletariat ist heutzutage die Wertung des Lebens gestiegen, und es wird wohl wenige Arbeiter geben, die ihr Leben bei Zusammenstößen mit Polizei und Militär aufs Spiel zu setzen geneigt sind, wenn die Sache ernst wird. Gewiß, als letztes Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will, wird das Proletariat auch die Gewalt anwenden, aber solange es noch andere Mittel gibt, ist daran gar nicht zu denken. Und ein solches Mittel, eine stärkere Waffe als alle anderen, ist die Organisation der proletarischen Massen. Darum verurteilen wir die Luremburgsche Propaganda, weil sie in der Masse falsche Vorstellungen erweckt und große Gefahren in sich birgt. Man lese nur folgende Sätze: „Wenn wir große proletarische Massen auf die Straße zur Demonstration rufen; wenn wir ihnen erklären, die Situation sei eine derartige, daß einzig und allein durch ihre eigene Massenaktion, nicht durch parlamentarische Aktionen, der Zweck erreicht werden könne; wenn es uns gelingt, immer mehr die Massen zu entflammen; wenn die Straßen-demonstrationen immer größer und der Glanz, die Kampfstimmung immer größer, zugleich die unvermeidliche Verschärfung der Verhältnisse mit der Staatsmacht, die Möglichkeit der Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär immer größer wird, dann erhebt in den Massen von selbst die Frage: Was weiter? Die Demonstrationen bringen ja die Lösung nicht; sie sind der Anfang, nicht das Ende der Massenaktion; sie schaffen zugleich von selbst eine Zuspitzung der Lage. Und wenn die von uns entsandte Massenbewegung nach weiteren Direktiven, weiteren Ausblicken ruft, so müssen wir ihr diese weiteren Ausblicke zeigen.“

Diesen provokatorischen Worten gegenüber ist es die Pflicht der wahren Volksfreunde und der besonnenen Arbeiterführer, all ihren Einfluß geltend zu machen, damit die Köpfe klar bleiben. Immer und immer wieder muß den Massen gesagt werden, daß nur auf dem Wege der Organisation ihr Befreiungskampf siegreich sein kann und sein wird. Und mag auch böswillige Verleumdung den Führern selbstüchtige Motive unterschieben, daß sie ihre Ruhe haben und ihre Posten behaupten

wollten, die Zukunft wird lehren, daß sie Recht gehabt haben, wenn sie behaupteten: Nur unter dem Banner der Organisation, nur durch eine disziplinierten, planmäßig organisierten Klassenkampf wird das moderne Proletariat von Sieg zu Sieg streiten.

Christliche Gewerkschaften und „christliches Sittengesetz“.

E. Die christlichen Gewerkschaften können sich über den Mangel an Freunden nicht beklagen. Aus politischem wie aus geistlichem Lager bemüht man sich um sie. Ratsschläge und Ermahnungen, wie sie sich zu verhalten haben, kommen ihnen aus allen Ecken und Enden, und schier unübersehbar ist die Fülle der Literatur, die sich angefüllt mit theoretischen Betrachtungen und praktischen Vorschlägen, aus den Kreisen dieser Freunde über die christlichen Gewerkschaften ergossen hat. Als sie sich vor elf Jahren, auf ihrem ersten Kongress zu Mainz, ein Programm schufen, da ging alles so glatt und es nahm sich so einfach und selbstverständlich aus, als sie verübunden, daß sie sich keiner Partei unterordnen, daß sie „politisch neutral“ sein und, ohne sich auf ein bestimmtes religiöses Bekenntnis zu verpflichten, doch auf dem „Boden des Christentums“ stehen, d. h. „interkonfessionell“ sein wollten. Aber leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sie die Sachen. Was die politische Neutralität betrifft, so waren die christlichen Gewerkschaften viel zu sehr auf die Unterstützung der Merkmalen, ihrer Gräber und Drahtzieher angewiesen, waren ihre Führer viel zu sehr mit der ultramontanen Partei verschwägert und verschwistert, als daß sich der Humburg dieser Art „politische Neutralität“ nicht auf Schritt und Tritt offenbart und die christliche Gewerkschaftsbewegung sich nicht durch ihr Verhalten bei allen wichtigen politischen Maßnahmen als allzeit gehorsamer Sandblanger des Zentrums erweisen hätte. Und die Interkonfessionalität erwies sich als eben solcher Humburg; denn die christlichen Gewerkschaften blieben das, was sie waren: ultramontane Organisationen, ihrer Taktik wie ihrer Zusammensetzung nach. Die evangelischen Arbeiter hielten sich, abgesehen von den paar Stöderischen Christlichsozialen, fern von dem Internehmen, das sich ja deutlich als politische Schutztruppe des Zentrums kennzeichnete. Und was das Lustigste ist: die Interkonfessionalität, kaum daß sie dem Programm einverleibt war, stieß in eigenen katholischen Lager auf den heftigsten Widerstand. Die „kirchliche Autorität“ regte sich, da für einen richtigen Katholiken der Gedanke der Interkonfessionalität verächtlich macht. Unternehmer, Verleger, Rechtsanwälte mögen sich zur Not interkonfessionell organisieren, nimmermehr aber katholische Arbeiter, die im Umgang mit andersgläubigen Arbeitern unsehbarer Schäden an ihrem Glauben nehmen werden. So sprach denn die „kirchliche Autorität“, die deutschen Bischöfe, in dem Fuldaer Pastoral vom Jahre 1900 ihre Verurteilung über die christlichen Gewerkschaften aus und empfahl den katholischen Arbeitern, sich in ihren Arbeitervereinen, wo die leitende Hand des geistlichen Herrn Präses sie vor Irrwegen bewahren werde, beruflich zu organisieren. Die Fachabteilungsbewegung kam auf, und damit begann im katholischen Lager jener Kampf um die gewerkschaftliche Theorie

und Praxis, um das Wesen der nach christlichen Grundfassen geleiteten Wirtschaftsordnung, über das Verhältnis von „kirchlicher Autorität“ und Gewerkschaftsbewegung, über die „kirchliche Erlaubtheit“ der Interkonfessionalität, über das Wesen des Streiks vom Standpunkte des Christentums und andere Dinge, die dem denkenden Arbeiter ein Rätsel abgewinnen, die aber hier mit einer Zursunft erörtert wurden, als ob wir noch in der mittelalterlichen Zeit der Konzilien lebten. Der Kampf ist geführt worden mit Wägern, Bräuhären und Flugblättern, mit Versammlungsbreden und Zeitungsartikeln, mit Anzeigen und Verurteilungen an Papst und Bischöfe, mit Gefäßigkeiten und Gewalttätigkeiten aller Art — ohne daß im mindesten die Fragen der Lösung näher geführt oder die Gemüter besänftigt worden wären.

Wir wollen heute aus der reichhaltigen Literatur, die dieser Kampf unter den Christenbrüdern angezettelt hat, eine Erscheinung herausgreifen, die wegen der Person des Verfassers, wegen seiner Stellung zu den streitenden Parteien uns besonderer Beachtung wert erscheint. Es ist die im Verlage des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine erschienene Schrift: „Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung“. Ihr Verfasser ist Josef Wiedler, Mitglied der Gesellschaft Jesu und Professor der Moralphilosophie an der Universität Innsbruck — also ein Mann, der als „Kirchlicher“ und „Gelehrter“ gewiß im katholischen Lager in hohem Ansehen steht. Er neigt in dem Streit der Berliner und Münchener Gläubiger auf die Seite der Letzteren; seine Schrift ist von christgewerkschaftlicher Seite vielfach zustimmend zitiert und als „Wochenmittel“ gegen die Fachabteilung ins Feld geführt worden. Seine Ausführungen sind demnach zur Kenntnis der im christgewerkschaftlichen Lager herrschenden Anschauungen von Bedeutung, und deshalb wird ein näheres Eingehen auch für uns nicht ohne Nutzen sein.

Wiedler bemerkt einleitend, daß immer noch über die grundsätzliche Stellung, die die Katholiken bei ihren wirtschaftlichen Bestrebungen zur kirchlichen Autorität einzunehmen haben, Meinungsverschiedenheiten beständen. Hierbei würden, da sich an der Diskussion auch Laien beteiligten, nicht selten ungenaue und unrichtige Ausdrücke und Auffassungen geäußert, weshalb es angezeigt erscheine, die „unverrückbaren theologischen Grundfassen“, die für die Beantwortung dieser Fragen maßgebend seien, wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Vor allem müsse anerkannt werden, „daß die gewerkschaftlichen Bestrebungen, ebenso wie jede andere wirtschaftliche Tätigkeit, durchaus an die Normen des christlichen Sittengesetzes gebunden sind“. Da nun die Reinerhaltung des christlichen Sittengesetzes von Christus dem in der Kirche eingestifteten Lehr- und Hirtenamte anvertraut sei, so „besteht die kirchliche Autorität als Trägerin dieses Lehr- und Hirtenamtes wie das Recht so auch die Pflicht, für die gewerkschaftlichen Bestrebungen allgemeine Verhaltensmaßregeln behufs Einhaltung der Sittenvorschriften zu erlassen und, falls etwas gegen das christliche Sittengesetz geplant oder geschehen sein sollte, die Bewegung wieder auf den rechten Weg zurückzuführen. Daher muß man der kirchlichen Autorität, dem Papste und den Bischöfen, das Recht und die Pflicht zuerkennen, die gesamte gewerkschaftliche Bewegung im Auge zu behalten.“

Stück bereichert. Natürlich liegt noch vieles verstreut umher, was bislang nicht gesammelt ist.

Gerade den vielen aber, die offensichtlich nie zu Worte kommen konnten und ihre in friedlichen Aufständen tief empfundenen Werke schufen, die in tiefstem seelischen Empfinden von der Not der Zeit und dem erwachenden Eitandbrange des Proletariats Zeugnis ablegten, hat der schon an dieser Stelle erwähnte Berliner Philanthrop Adolf Levenstein eine Brücke gebaut. Levenstein hat durch eine sehr umfangreiche Korrespondenz und mit Hilfe der Arbeiterpresse an einen großen Teil geistig reger und dilettantisch tätiger Proletarier die Aufforderung gerichtet, ihm ihre kleinen Schöpfungen in Prosa oder Prosa zur Prüfung einzusenden. Und was da in vielen Hunderten von beschriebenen Bogen bei ihm einlief, war nicht bloße Verjammerei — allerdings nur auf diese verzierten — sondern zu einem großen Teil entpuppte sich hier wirkliche Talente, die sich des künstlerischen Wertes ihrer Schöpfungen nicht bedauert waren. In zwei Büchern hat Levenstein das Wichtigste gesammelt; allerdings mußte manches Gute der Raumverhältnisse halber weggelassen, aber was hier dauernd vereinigt ist, ist auch der Beachtung wert. Das eine Bändchen enthält eine größere Anzahl Gedichte, zumest sozialen Inhalts, zwei Prosafragmente und eine geistliche Dichtung. Aus Handweibern, Dienstmädchen und Bauerntugendweibern gruppieren sich die dreiundzwanzig sozialen Sprecher, die in dem Bände zu Worte kommen und die in erster Linie Motive aus ihrer Umgebung hervernombet haben, die sie täglich

erfreuen, oder die ihnen täglich von neuem den Gram oder die Mut ins Herz senken. Arbeit, Fabrik, Der alte Arbeiter, Die Arbeiterfrau, Ausperrung, Streik, Streikbrecher, Schwarze Listen, so oder ähnlich heißen zum großen Teil die behandelten Probleme, und wuchtiger, gewaltiger Groll spricht aus den Zeilen. Doch auch zartere Gefühle treten uns entgegen. „Die ungestillte Sehnsucht, jenes Weiden, das so viele Menschen unglücklich macht, die Natur, die Liebe und „Gott“ werden neben anderem besungen. Wir können hier nicht Proben bringen; wer sich für das geistige Schaffen seiner Klassengenossen interessiert, lese das Buch. Nicht so günstig hat der zweite Band, der Arbeiterbriefe enthält, auf mich gewirkt, trotz der zahlreichen anerkennenden Besprechungen von Professoren und hervorragenden bürgerlichen Zeitungen, die darüber vorliegen. Von neun Arbeitern sind hier Briefe vereinigt, die diese auf Aufforderung an den Herausgeber richteten. Die Sache ging ungefähr in folgender Form vor sich: Levenstein schrieb an einen Arbeiter z. B.: „Sie scheinen das Durchschnittsmaß des geistigen Denkens und Empfindens Ihrer Klassengenossen zu übertragen, schreiben Sie mir, bitte, wie Sie von Ihrem Standpunkte aus das Leben beurteilen!“ Darauf lehnte sich der also Geschmeidete hin und schrieb, daß er Gott und die Welt für eine Häuerbande ansehe — schiedte es nach Berlin und es wurde gedruckt. Nun ist nicht zu bestreiten, daß aus einigen Briefen ungestilltes, treues Empfinden spricht, das in bezeichnender Manier wenig von sich reden macht. Leider hat aber der Herausgeber den größten Wert gerade auf die Briefe gelegt, die in ungeheurer Maße mit Fremdwörtern gespickt und in einer geschnittenen Sprache abgesetzt sind. Vom „Feldlager Gajars“, „Paradies der Feder“, „Empfänger“, „Plattentuben“ und dergleichen schönen Sachen wimmelt es nur so. Mit den großen, wissenschaftlichen Meisterwerken der Weltliteratur ist ein Briefschreiber — dem Levenstein den ersten Platz einräumt — vertraut, wie wohl kaum ein Professor.

Da wird einem doch bange, und deshalb behaupte ich: diese geistigen Produkte haben den Herausgeber überrumpelt und die Sammlung ist überflüssig. Das erlangene Buch aber kann jedem empfohlen werden. Doch ist sein Preis (M 2,50) viel zu hoch. Der Herausgeber wird wohl dabei in erster Linie auf das bürgerliche Publikum gefußert haben, das ihn aber jetzt anscheinend im Stich läßt.

Trotz alledem aber ist anzuerkennen, daß Levenstein hier zum ersten Male der Welt gezeigt hat, welche Schätze an geistiger Fähigkeit und seelischem Empfinden in den untersten Volksschichten schlummern. Sider wird einmal die Zeit kommen, wo begabte Kräfte des Proletariats selbst die realistische Kritik, die sich mit dem Los der Armen und Weiden beschäftigt, beherrschen wird. Ob aber von hier aus schon ein neuer Abschnitt in der Literaturgeschichte beginnt, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Wie auf allen Gebieten, so bleibt es auch auf literarischem Gebiete der Zukunft vorbehalten, die Schöpfungen der Vergangenheit endgültig kritisch zu werten. Dazu kommt noch, daß es den unbemittelten Dichtern sehr schwer, ja vielfach ganz unmöglich ist, mit ihren Schöpfungen an die Öffentlichkeit zu treten. Aber wenn wir unsere Blide zurückschweifen lassen über den von uns skizzierten literarischen Werdegang, so müssen wir doch anerkennen, daß auch die Dichtung mit der Volkswirtschaft und den herrschenden politischen Strömungen Hand in Hand ging. Wir sehen, wie sich gerade in unserer Zeit, wo der Massengegenwart immer stärker wird, aus der Schicht der von der sozialen Not am meisten Bedrückten auch eine neue Literaturrichtung herausbildet, deren Vertreter nicht nur bürgerliche Ideale sind, sondern daß viele Mitglieder des Proletariats selbst Sanger werden, daß also das Proletariat selbst aktiv in die soziale Literatur eingreift.

Diese Tatsache vor aller Welt konstatieren zu haben, ist Levensteins Verdienst. I. K.

* „Arbeiter-Philosophen und -Dichter.“ Herausgegeben von A. Levenstein. Morgen-Verlag, Berlin. 104 Seiten. Preis M 2,50.
 „Aus der Tiefe.“ Arbeiterbriefe, gesammelt von A. Levenstein (gleichfalls Morgen-Verlag). 127 Seiten. Preis M 1. (Beide Bücher sind broschiert.)

Gewerkschaften unter Vormundschaft der Kirche also Gewerkschaften sogar, die sich gefallen lassen müssen, wenn sie in ihrem Handeln das christliche Sittengesetz verletzen, daß die kirchliche Autorität gegen sie einschreitet und sie, falls sie sich nicht fügen, verbietet! Wiederlaß definiert das Verhältnis der Gewerkschaften zu der „kirchlichen Autorität“ als eine „indirekte Untertänigkeit“, insofern, als sich die Abhängigkeit nur auf Fragen des christlichen Sittengesetzes bezieht. „Ihre Organisationsform — so hebt er hervor — können die Gewerkschaften demnach selber bestimmen, die Bedingungen der Mitgliedschaft festsetzen, ihre Wahlen selbst vornehmen, über die Mittel zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele beraten — kurz: auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes alle jene Anordnungen treffen, die sie für die Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zwecke als notwendig erachten.“ Das hört sich ja nun wieder sehr weit- herzig und unabhängig an; aber man beachte, daß die Entscheidung darüber, ob sich eine gewerkschaftliche Maßnahme „auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes“ hält, doch wieder in letzter Linie der „kirchlichen Verbörde“ zusteht. Und was das zu bedeuten hat, zeigt folgende Stelle der Wiederlaßschen Schrift:

„Sollten die Träger der gewerkschaftlichen Bewegung ihre Ziele anweisen, die nicht mit dem christlichen Sittengesetz sich vereinigen lassen, z. B. ungerade hohe Löhne oder sonstige ungerechte Arbeitsbedingungen fordern, oder sollten sie auch behufs Erreichung sittlich erlaubter Zwecke zu Mitteln ihre Zuflucht nehmen, die das christliche Sittengesetz untersagt, z. B. ungerade oder wenigstens die christliche Liebe verletzende Boykottierung von Geschäften oder einzelnen Personen, so muß jeder Katholik nicht nur grundsätzlich der kirchlichen Autorität das Recht zuerkennen, gegen solche Verletzungen des Sittengesetzes ihre Stimme zu erheben, sondern auch auf diese Stimme hören und ihr Gehorsam leisten.“

Man sieht also, daß es so leicht keine gewerkschaftliche Maßnahme gibt, die nicht dem „christlichen Sittengesetz“ unterworfen und dadurch der Vormundschaft der „kirchlichen Autorität“ ausgeliefert ist. Wiederlaß unterscheidet sich nun dadurch von der Berliner Richtung, daß er nicht für das Aufsichtsrecht der „kirchlichen Autorität“ unter allen Umständen die Bestellung eines geistlichen Beirates für die Gewerkschaften fordert. Er stellt vielmehr die Art der Ausübung dieses Aufsichtsrechtes in das Verlesben des Bischofs, der je nach den äußeren Umständen einen solchen geistlichen Berater stellen oder es auch bei dem Vertrauen bewenden lassen kann, daß die Gewerkschaften seiner Diöcese die richtigen Wege im Sinne des „christlichen Sittengesetzes“ wandeln. Damit ist an dem, was wir oben sagten, daß die christlichen Gewerkschaften unter der Vormundschaft der Kirche stehen, nicht das mindeste geändert; denn es kommt nicht darauf an, ob und unter welchen Formen die Bischöfe diese Vormundschaft ausüben, sondern darauf, daß sie das Recht haben, diese Vormundschaft zu jeder Zeit in jeder Form als geeignet erscheinenden Art auszuüben und daß sie nur dann nicht ausgeübt wird, wenn sich die christlichen Gewerkschaften im Sinne des „christlichen Sittengesetzes“, d. h. der Herren Bischöfe, betätigen.

Das Genossenschaftswesen als Kampfmittel.

In dem großen Ringen der Arbeiterklasse, das diese zur Überwindung des Kapitalismus und zu ihrem eigenen Aufstieg aus Not und Elend führt, gewinnt in neuerer Zeit neben der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit auch die genossenschaftliche Betätigung eine immer größere Bedeutung. Insbesondere für das Konsumgenossenschaftswesen hat die Arbeiterklasse der fortgeschrittenen Länder in den letzten Jahren ein ständig steigendes Interesse gezeigt, wovon das Wachstum und die steigende Leistungsfähigkeit dieser Genossenschaften das beste Zeugnis ablegen. Man hat eben eingesehen, daß sich die Arbeiterklasse im Kampfe um ihre Befreiung nicht nur auf ein oder einige Kampfmittel stützen darf, sondern daß sie jede sich ihr bietende Gelegenheit zur Stärkung ihrer Position auszunutzen muß; und man hat auch erkannt, daß das Genossenschaftswesen ein gutes Mittel zur Stärkung der Position der Arbeiterklasse ist. Zwar vermeint heute niemand mehr, wie das wohl zuweilen früher geschah, daß die Arbeiterklasse durch das Genossenschaftswesen allein die Gesellschaft umgestalten könnte; desto eifriger ist man aber heute dabei, wenigstens das durch das Genossenschaftswesen zu erreichen, was sich wirklich erreichen läßt, nämlich eine wirksame Unterbrechung der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiterklasse; die diese zur Befestigung einer alten und zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung entfaltet; ja, es ist nicht zu leugnen, daß den Genossenschaften selbst eine starke sozialisierende

Funktion innewohnt und daß durch ihre Tätigkeit die Umgestaltung der Gesellschaft wesentlich beschleunigt werden kann.

Vor kurzem erschien im Vorwärtsverlage eine sehr lehrreiche Broschüre: „Sozialismus und Genossenschaftsbewegung“, in der die Entwicklung des Genossenschaftswesens und des Genossenschaftswesens selbst ausführlich geschildert ist. Da man sich seit Beendigung der großen Bauarbeiterausperrung in den Kreisen unserer Kollegen anscheinend sehr lebhaft mit der Gründung von Produktiv- und Verkaufsgenossenschaften beschäftigt, so kann es jedenfalls nur von Vorteil sein, wenn wir unsere Kollegen kurz mit dieser Entwicklung vertraut machen.

Die ersten Genossenschaften wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Robert Owen in England errichtet, wo denn auch das Genossenschaftswesen heute noch am stärksten entwickelt ist. Owen war bekanntlich einer der hervorragendsten Vertreter des utopischen Sozialismus. Sein Ziel war die Schaffung großer, auf dem Gemeinbesitz der Erde und der Produktionsmittel auf gebauter Genossenschaften; er glaubte, durch die Errichtung kommunistischer Kolonien, die sich immer weiter ausdehnen sollten, schließlich die ganze kapitalistische Gesellschaft sozialisieren zu können. Schon nach kurzer Zeit brachen aber diese Kolonien zusammen, ein Zeichen, daß man fertige Wirtschaftssysteme, und wären sie theoretisch noch so vollkommen, nicht einfach schaffen kann, sondern daß sie sich aus den alten Wirtschaftssystemen Stück für Stück herausentwickeln müssen. Außer den kommunistischen Arbeits- und Lebensgenossenschaften, wie man die Owenischen „communities“ nennen kann, entstanden durch die Owenische Propaganda auch etwa 40 Konsumvereine mit etwa 200 000 Anhängern, die ihren Neinüberschuß zur Gründung von Produktivverträgen verwandten, in denen die Mitglieder Beschäftigung finden sollten. Aber auch diese Vereine gingen an der mangelnden wirtschaftlichen Reife der Mitglieder sowie an Streitigkeiten untereinander und an einer unzulänglichen Gesetzgebung zugrunde. Erst im Jahre 1844 feierten sie ihre Auferstehung in dem berühmten Verein der „Rochdaler wöchentlichen Pioniere“, der aus 28 armen Leinwandweben bestand, die mit einem Kapital von 1 500 einen Laden zum Verkauf von Lebensmitteln und andern Waren eröffneten und die den Bau oder Ankauf von Wohnhäusern für die Mitglieder und den Ankauf und die Pachtung von Land zur gemeinsamen Bewahrung auf ihre Fahne schrieben. Ihre Tätigkeit war so erfolgreich, daß sich die heutigen großen englischen Genossenschaften mit Stolz als die Nachfolger der Rochdaler Pioniere bezeichnen.

In Frankreich wirkten außer den utopischen Sozialisten St. Simon und Fourier besonders Buchez, Louis Blanc und Proudhon für den Genossenschaftsgedanken, und zwar erstrebte Buchez die Produktivgenossenschaft, die den Arbeiter mit einem Schläge zum Herrn der Werkstätte machen sollte. Die Mittel zum Betrieb der Genossenschaften sollten die Massen aufbringen und der Staat sollte sie durch die Errichtung von Staatsbanken stützen. Louis Blanc ging weiter, indem er verlangte, daß nur der Staat der alleinige Organisator der Produktivgenossenschaften sein sollte, und Proudhon wieder glaubte durch die Errichtung einer Volksbank, die den Genossenschaften unentgeltlichen Kredit gewähren sollte, die Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus befreien zu können. In den Revolutionsjahren um 1848 gelangten diese Genossenschaften, getragen von dem Enthusiasmus ihrer Anhänger, auf zu größerer Bedeutung, wozu nicht zuletzt der von der Nationalversammlung bewilligte Kredit von drei Millionen Francs beitrug. Als aber die Reaktion wieder ans Ruder kam und mit großer Schärfe die gewährten Kredite entzieht, da gingen die meisten dieser Genossenschaften rasch zugrunde.

In Deutschland, wo Schulze-Delitzsch für die Konsumvereine Propaganda machte, warnte Lassalle die Arbeiter vor diesen und empfahl gleichfalls Produktivgenossenschaften, die vom Staate unterstützt werden und unter seiner Kontrolle stehen sollten. Auch er sah die Produktivgenossenschaften als Mittel zur Sozialisierung der Gesellschaft an, während er von den Konsumgenossenschaften sagte, diese könnten den Arbeitern keine dauernde Hilfe bringen, weil jede durch sie bewirkte Verbilligung der Lebenshaltung größerer Arbeiterkategorien durch das eberne Lohngesetz eine Senkung der Arbeitslöhne herbeiführen müßte. Marx dachte über die Produktivgenossenschaften ähnlich wie Lassalle, wenngleich er ihnen keine so große Bedeutung wie dieser gumaß.

In Nebereinstimmung mit diesen Ansichten empfahl denn auch der 1866 in Genf abgehaltene Kongreß der Internationalen der Arbeiter, sich eher auf Produktivgenossenschaften als auf Konsumgenossenschaften einzulassen, da letztere nur die Oberfläche des heute herrschenden Systems berühren, während es die ersteren in seinen Grundfesten angreifen. Erst als man in den vorerwähnten Ländern die Erfahrung machte, daß sich wirtschaftliche Tatsachen, un-

bestimmert um Theorien und Kongreßbeschlüsse, in ihrer eigenen Weise durchsehen, schlug die Stimmung in Parteikreisen um. Von den vielen Hunderten im Laufe der Jahre errichteten Produktivgenossenschaften waren trotz aller für sie gebrachten Opfer die meisten zugrunde gegangen oder zu Unternehmungen kleiner Meister und zu echt kapitalistischen Aktiengesellschaften geworden. So sprachen die französischen Arbeiterorganisationen schon 1879 aus, daß die Genossenschaften nicht als geeignete Mittel zur Befreiung des Proletariats betrachtet werden könnten und die deutsche Sozialdemokratie ließ in ihrem 1891 geschaffenen Entwurf- Programm die Forderung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe stillschweigend fallen. Der Berliner Parteitag 1892 beschloß sogar, die Gründung von Genossenschaften nur dann gutzuheißen, wenn es sich um im politischen oder gewerkschaftlichen Kampfe genutzte und um ihre Erzielung gefommene Genossen handele. Im übrigen sollten die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenstehen und insbesondere den Glauben bekämpfen, „daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu befeuern oder auch nur zu mildern“.

Aber so wenig die Produktivgenossenschaften durch Kongreßbeschlüsse zu dem geworden waren, was sie nach den Theorien der utopischen Sozialisten hätten werden sollen, so wenig konnten Kongreßbeschlüsse die weitere Entwicklung des Genossenschaftswesens aufhalten. Erlikten die Arbeiter mit der Gründung reiner Produktivgenossenschaften, die ihnen nach der Ansicht großer Theoretiker die Erlösung aus den Banden des Kapitalismus bringen sollten, Fiasko auf Fiasko, so ging es andererseits mit den für wertlos erklärten Konsumgenossenschaften kräftig vorwärts, und nach und nach erkannte auch die Partei den Wert der Konsumvereine als Kampfmittel wieder an. In Deutschland erklärte der Parteitag 1899, die Partei setze der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften, die unter den nötigen Vorbedingungen die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder verbessern könnten, neutral gegenüber; sie sehe in ihnen ein Mittel zur Erzielung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, messe ihnen aber für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei keine Bedeutung bei. Der skandinavische Arbeiterkongreß bezeichnete die Konsumvereine 1907 als „ein mächtiges Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse“, und der österreichische Parteitag 1907 bepflichtete die Parteimitglieder zum Beitritt in die Konsumvereine und, wo solche nicht bestehen, zu ihrer Gründung. Im Programm der Schweizer Partei ist sogar ausgesprochen, die Genossenschaft wirke nicht nur preisregulierend und schütze die Konsumenten nicht nur vor Ausbeutung, sondern sie nehme auch die durch den Absatz gesicherte Produktion in die Hand, „um auf diesem Wege die Sozialisierung der Produktion anzubahnen“. Auch der französische Parteitag bezeichnete im Juli dieses Jahres die Genossenschaft als „ein notwendiges Element der sozialen Umgestaltung“, die die Arbeiter vor habgierigen Zwischenhändlern schütze und ihnen mächtige Mittel zur Verbesserung ihrer Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen gebe. Schließlich würdigte auch der soeben zu Ende gegangene internationale Arbeiterkongreß zu Kopenhagen die Konsumgenossenschaften in ihrer wahren Bedeutung, indem er sie als wirksame Waffe für die Arbeiterklasse anerkannte und ihre Unterstützung allen Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern mit größter Entschiedenheit empfahl, und der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Magdeburg forderte die Genossinnen und Genossen ebenfalls dringend auf, für die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu wirken und sie zu unterstützen.

Einige Zahlen mögen nun dartun, welsch gewaltige Größe die Genossenschaften inzwischen geworden sind. Im Jahre 1909 gab es in England 1430 Konsumvereine, die an 2 460 000 Familien Lebensmittel und Waren lieferten. Der Jahresumsatz betrug 1407 Millionen und der Uberschuß 216 Millionen Mark. Auf jedes Mitglied kam ein Umsatz von M 570 und ein Uberschuß von M 88. In Frankreich gibt es 2500 Konsumvereine, die allerdings nur 800 000 Mitglieder umfassen, und von denen ein Teil keine Mitglieder nur mit einzelnen Lebensmitteln versorgt. Die Schweiz hatte 1909 311 Konsumvereine, deren Umsatz an 201 903 Familien M 70 947 000 betrug. In Oesterreich zählte der Zentralverband der Konsumvereine 1908 185 Vereine mit einem Jahresumsatz von M 50 665 000. In Deutschland gab es 1909 etwa 2400 Konsumvereine, die insgesamt 1 450 000 Mitglieder aufwiesen und deren Umsatz etwa 875 Millionen Mark betrug. Allein dem Zentralverband der Konsumvereine gehörten 1077 Vereine mit 1 047 975 Mitgliedern an, die einen Umsatz von M 298 275 000 und einen Uberschuß von M 20 178 000 hatten.

* „Sozialismus und Genossenschaftsbewegung.“ Von Gertraud David, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Preis 50 s.

Politische Umschau.

Die Frage der Reichstagsauflösung. — Noch eine Reichstagsauflösung. — Der Wassermann-Parteitag. — Jubiläum der Unfallversicherung. — Die Frage gegen Sozialdemokratie und organisierte Arbeiterchaft anfänglich der Moabitler Kravalle. — Man plant neue Ausnahmegeetze! — Aufbruch des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften zur Abwehr dieser Pläne. — Die Revolution in Portugal; ein Gottesgadenjüngling futzig!

Das die Spannung der innerpolitischen Situation nachlassen sollte, wie von bürgerlichen Politikern erhofft und gewünscht wird, dafür besteht keine Möglichkeit. Es sind vielmehr alle Bedingungen gegeben für eine stetige Zunahme dieser Spannung. In der letzten Zeit ist u. a. die Frage nach dem Schicksal des gegenwärtigen Reichstages entstanden, d. h. die Frage, ob er sein „natürliches Ende“ finden oder einer Auflösung verfallen wird. Schon vor einiger Zeit wiesen wir darauf hin, daß mit der Möglichkeit einer Auflösung zu rechnen sei. Anscheinend offiziöse Stimmen verkündeten, daß im Schilde der verbündeten Regierungen Verhandlungen darüber gepflogen werden; man wolle die Reichstagsauflösung wählen so bald wie möglich herbeiführen. Dem ist von verschiedenen Seiten widersprochen worden. Bekanntlich fanden die Reichstagsneuwahlen im Januar 1907 statt; die fünfjährige Legislaturperiode des ihnen entspringenden Reichstages würde also im Januar 1912 zu Ende gehen. Das würde natürlich nicht ausreichen, daß die Neuwahlen vor diesem Zeitpunkt stattfinden. Es läßt sich nun nicht verkennen, daß der Wahltermin in den Wintermonaten mancherlei Bedenkenheiten hat. Die Regel war früher, daß die Neuwahlen im Sommer stattfanden, so daß der neue Reichstag im November oder Dezember zusammentreten und alsbald die Beratung des Budgets in Angriff nehmen konnte. Diese Regel ist durch Auflösungen mehrfach durchbrochen worden, so auch durch die Auflösung vom 18. Dezember 1906. Auch die Organe bürgerlicher Parteien nahmen bisher an, daß die Wahlen im Herbst 1911 vorzunehmen werden würden. Der „Vorwärts“ aber erklärt in einem Aufsatze an die Parteigenossen, er habe gute Gründe, zu glauben, daß sie viel früher stattfinden. Nach seiner nicht unbegründet erscheinenden Meinung dürfte die große Gesetzentwürfe (Neueinführung der Reichsversicherungsgeetze, Revision der Strafprozeßordnung) kaum im letzten Abschnitt der Session durch den Reichstag zu Ende beraten werden. Sie bilden also kein Hindernis für eine baldige Auflösung und Uauwahl des Reichstages. Für die Auflösung spricht aber eine ganze Menge Gründe aus der inneren und äußeren Politik des Reiches, die es den Regierenden wünschenswert erscheinen lassen, recht bald einen neuen Reichstag zu erhalten, der alsdann in fünfjähriger Tätigkeit ihre Wünsche in bezug auf Militär- und Marinevorlagen, Steuergeetze, neue Zoll- und Handelsverträge befriedigen soll.

Der „Vorwärts“ sagt den Parteigenossen: „Auf keinen Fall dürfen wir uns übereinsetzen lassen. Von heute an muß in jedem Reichstagswahlkreise die intensivste Agitations- und Organisationsarbeit geleistet, müssen ununterbrochen Geldmittel beschafft werden. Keine Anstrengung darf zu groß, kein Opfer zu schwer sein. Selbst in den uns sichersten Wahlkreisen muß diese Arbeit aus eifrigster betrieben werden. Denn es gilt nicht nur zu siegen; die Sozialdemokratie muß mit gewaltigem Stimmengewinn aus der Wahlkämpfe hervorgehen.“

Auch das freisinnige „Berliner Tageblatt“ neigt der Ansicht zu, daß die Annahme des „Vorwärts“ nicht unbegründet ist. Die Regierung könne zwar mit der Auflösung bis zum Herbst nächsten Jahres warten; in diesem Falle indessen würde der ganze nächste Sommer von den Vorbereitungen zu den Neuwahlen ausgefüllt werden, und auf die Neuwahlen müßte unmittelbar die parlamentarische Arbeit folgen. Es steht nichts im Wege, daß die Regierung den Reichstag schon auflöst, sobald er die Staatsberatung zu Ende geführt haben wird, was ordnungsgemäß bis zum 1. April zu geschehen hat, und verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß sie sich tatsächlich mit diesem Plane trägt. Darüber besteht schon jetzt Gewißheit, daß die Regierung bemüht sein wird, den kommenden Sessionabschnitt so kurz und inhaltslos wie möglich verlaufen zu lassen, wobei ihr die Unterstützung der blau-schwarzen Mehrheit nicht fehlen dürfte. Ist erst die Staatsberatung abgeschlossen, dann besteht für die Regierung kein Hindernis mehr, den Reichstag sofort aufzulösen und die Neuwahlen auszusprechen. Nebenfalls erscheint es geboten, sich auf diese Eventualität einzurichten.

Wieder steht eine Nachwahl bevor, und zwar im Kreise Labiau-Wehlau, einer ostpreussischen Domäne der Konserbativen. Der Vertreter dieses Kreises, der konserbative Abgeordnete Krendt, ist gestorben. Er stieg das letzte Mal mit 11 075 gegen 3179 sozialdemokratische und 1760 freisinnige Stimmen im ersten Wahlgange. Das war aber mit ein Ausnahmserfolg der Konserbativen in diesem Kreise, der auf den Moabitler Windel zurückzuführen ist. Im

Jahre 1908 brachten es die Konserbativen nur auf 7127 gegen 5066 sozialdemokratische und 2021 fortschrittliche Stimmen. Hätten die Sozialdemokraten 50 Stimmen mehr erhalten, so wären sie in die Stichwahl gekommen. Heute ist die Situation nicht mehr wie die von 1907. Das Wachsen der „roten Flut“ wird sich auch in Labiau-Wehlau zeigen, während die Konserbativen es kaum fertigbringen dürften, ihre Position von 1908 wieder einzunehmen. Wahrscheinlich wird es zu einer Stichwahl kommen, und in diesem Falle werden die sozialdemokratischen und die liberalen Wähler zusammengehen müssen, um der Junterpartei einen neuen Schlag zu versetzen.

Das Zentrum ist unausgesetzt bemüht, darauf hinzuwirken, daß die Nationalliberalen dem blau-schwarzen Block beitreten. In einer Zentrumsaberversammlung zu Köln befaßte der Abgeordnete Trimborn u. a. auch dieses Thema. Er führte aus:

„Es bleibe der Regierung kein anderer Weg übrig, als alle Kräfte zu einer zuverlässigen Abwehr mehrheit gegen das weitere Vordringen der Sozialdemokratie und zu einer Arbeitsgemeinschaft auf mittlerer Linie zu sammeln. Eine solche Politik müßte allerdings wieder an den Faden anknüpfen, der 1906 so jäh zerrissen worden ist. Die Regierung müsse ein deutliches Wort an die Adresse der nationalliberalen Partei richten.“

Die Herren vom Zentrum wissen ganz genau, daß die Nationalliberalen selbst von dem Wunsche befeßt sind, wenigstens ihr früheres Verhältnis zu den Konserbativen und dem Zentrum wieder herzustellen. In den ersten Tagen der Berichtswochen fand in Cassel der nationalliberale Parteitag statt. Die Reden, die der Abgeordnete Wassermann und andere Parteiführer da hielten, waren durchaus gerichtet auf die Verwirklichung des Gedankens der neuen Sammlungspolitik. Besonders die Konserbativen sind darüber sehr erfreut, und auch Herr v. Weßmann-Hollweg kann aus diesen Reden neue Hoffnungen schöpfen. Herr Wassermann zeigte sich wieder einmal als Schmelzwasser-Künstler, und der ganze Parteitag war eine Komödie, darauf berechnet, die Zümmlichkeit, die ganze innere Haltlosigkeit und Inkonsistenz des Nationalliberalismus zu verhillen. Dem von Herrn Wassermann vertretene Programm rühmt die „Kreuzzeitung“ nach, daß es eher konserbativ als freisinnig sei. Das ist es auch in der Tat. Außerordentlich komisch wirkt das Bemühen der nationalliberalen Führer, für ihre Partei die sogenannte „mittlere Linie“ in Anspruch zu nehmen. Von dieser Linie aus kann sich die Partei gelegentlich nach rechts und gelegentlich etwas nach links wenden, aber sie wird davon dem Bruder zur Rechten schon festgehalten und sicher gemacht werden. „Selbständige“ nach rechts und nach links“ will Herr Wassermann, das heißt nichts anderes als grundsätzliche Preisgabe jeder Konsequenz. Eine „Lösung der unleslichen Verhältnisse“ findet Herr Wassermann nur in einer „Zusammenfassung aller liberalen und konserbativen Kräfte“. Das ist die Fortsetzung der politischen Follheit, welcher der Willkürblock entspringen ist. Es ist die denkbar unerhörteste Zumutung an einen wirklich liberal denkenden und strebenden Mann, mit der Junterpartei gemeinsame Sache zu machen. Dieser Nationalliberalismus also schließt jede Möglichkeit aus, daß er mit den freisinnigen und Sozialdemokraten zwecks Sturzes der Junterherrschaft zusammengeht. Diese sogenannte „Mittelpartei“ ist auf dem besten Wege dem Willkürblock in die große Versenkung zu folgen, aus der es keine Wiederkehr gibt.

Am 1. Oktober waren es 25 Jahre, daß die Unfallversicherung in Kraft trat. Aus diesem Anlaß feierten die Berufsvereinigungen im Reichstagsgebäude ein Jubiläum. Die Vertreter der Unternehmer und der Regierung waren da ganz hübsch unter sich; denn selbstverständlich nahmen Vertreter der organisierten Arbeiterchaft an der Veranstaltung nicht teil. Da ist denn wieder sowohl in den gehaltenen Reden wie in bürgerlichen Blättern die alte Lüge ausgesponnen worden, daß die große Idee der Arbeiterversicherung und deren Ausführung dem Kaiser Wilhelm I. und seinen Ratgebern zu danken sei. Die Wahrheit ist, daß diese Idee zuerst von der Sozialdemokratie propagiert worden ist. Sie hat schon lange vor 1881 unter anderem auch die Unfallversicherung, und zwar in weit besserer Gestalt als die bestehende, gefordert. Bereits im Jahre 1871 hat sie bei der Beratung des Haftpflichtgesetzes im Reichstage den Rechtsrat vertreten, daß jeder Unternehmer, der aus fremder Arbeitskraft Gewinn zieht, verpflichtet ist, vollen Schadenersatz für die Beeinträchtigung oder Vernichtung der Arbeitskraft durch Unfälle zu gewähren. Selbst Fürst Bismarck gestand im Jahre 1884 im Reichstage offen zu: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und nicht so viele Leute, die sich vor ihnen fürchten, so würden die maßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, auch noch

nicht existieren.“ Allerdings, lebendig die Furcht vor der Sozialdemokratie war das Motiv für die unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes erfolgte Inangriffnahme der Arbeiterversicherung. Man hatte eingesehen, daß jenes infame Ausnahmegeetz nicht bewirken werde, was man davon erhofft hatte, die Vernichtung der Sozialdemokratie. Deshalb versuchte man, durch „positive Leistungen“ die Massen der Arbeiter zu täuschen, um sie der Sozialdemokratie abwendig zu machen. Die Spekulation ist nicht glücklich. Wenn nun immer noch die Masse der bürgerlichen Politiker die Arbeiterversicherungsgeetze als „dem Wohlthun“ der Regierung für die Arbeiter entfernenden hinstellt, so ist das eine gräßliche Fälschung der Tatsachen.

Im Punkte solcher Fälschung leisten ja die Herren Ordnungspolitiker überhaupt das menschenmögliche. Bereits in unserer letzten Umschau haben wir erwähnt, daß die Scharfmacherpresse die Moabitler Vorgänge, an denen die Polizei die Hauptschuld trägt, frustifiziert zu einer infamen Hege gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft und die Sozialdemokratie, indem man diesen die Verantwortung für die blutigen Kravalle zuschreibt. Nun ertönen wieder die Rufe nach einem Sozialistengesetz, nach einer Zuchthausvorlage, nach ausnahmerechtlicher Knebelung der organisierten Arbeiterchaft und der sozialdemokratischen Partei. Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“, das „Organ des Zentralverbandes der Industriellen, gläubt seiner Hege besonderen Nachdruck dadurch zu verleihen, daß es die Regierung der einseitigen Begünstigung der Arbeiter gegen die Unternehmer beschuldigt. Das Blatt fordert zunächst „als erste Maßregel“ ein gesetzliches Verbot des Streikpostens und sodann ein neues Sozialistengesetz. Das „Organ der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“, will noch einmal den Versuch mit der Vorlegung eines Arbeitswilligen Gesetzes gemacht wissen. Der fromme „Reichsbote“ jammert über die „Strategie des Unkrautes durch das Proletariat“. Die „Post“ bürdet der Regierung die volle Verantwortung dafür auf, daß die Sozialdemokratie das „Eingeregieren der Revolution“ betreibt. Kurz, die gesamte Presse der reaktionären Parteien nimmt die Moabitler Kravalle zum Vorwand, die Regierung zur Bestimmung, schleunigst Maßnahmen zur Unterdrückung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und der Sozialdemokratie zu treffen. Und nunmehr hat auch das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, sich bemerken lassen. Zwar erhebt sie die Forderung nach Ausnahmegeetzen noch nicht, aber ihre von niedertüchtigen und gefährlichen Beschuldigungen strehenden Ausführungen haben offenbar nur den Zweck, die demüthigt offen zu erhebende Forderung vorläufig zu begründen. Redlich behauptet das Regierungsblatt unter anderem folgendes:

„Inwiefern die organisierte Arbeiterchaft und Parteiangehörige der Sozialdemokratie an den Ausschreitungen der Menge oder bei den Verabredungen, ohne die die Kravalle schwerlich in der geschehenen Weise hätten vorkommen können, beteiligt sind, darüber werden wohl die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen Aufklärung schaffen. Schon heute aber muß als feststehend angesehen werden, daß ein Zusammenhang besteht zwischen dem Moabitler Vorgängen und der sozialdemokratischen Verhinderung der Massen, die sich neuerdings verschärfen. Von der juristisch greifbaren Verantwortlichkeit abgesehen, deren Bestimmung dem Gericht vorbehalten bleiben muß, vermag sich die sozialdemokratische Partei dem Vorwurf der moralischen Mitschuld an den bebauerlichen Vorkommnissen in Moabit nicht zu entziehen.“

Das Blatt behauptet dann weiter, Vorgänge wie die in Moabit dienen „nach sozialdemokratischer Meinung der revolutionären Erziehung des Proletariats“. Dem wird hinzugefügt: „Im so ernster und dringender wird für die Regierung die Pflicht, Böbelausschreitungen und Aufruhrversuchen mit unaussprechlicher Schärfe entgegenzutreten und der Unbotmäßigkeit einer verheherten Menge mit der Autorität der Staatsgewalt und der Strenge des Gesetzes zu begegnen.“

Wohlgemerkt, es ist das Regierungsorgan, das so spricht; die Regierung selbst läßt sich darin benehmen. Die Sache ist bitterernt; die Reaktion ist offenbar ernsthaft entschlossen, wieder einmal einen „entscheidenden Schlag“ gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu führen. In gebührender Würdigung dessen erlassen der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften einen energischen Aufruf an die Arbeiter, Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder. Es wird da gesagt, daß die „nichts würdigen Pläne bereitelt werden müssen, daß in Massenversammlungen die ganze Bevölkerung aufgeklärt werden muß über diese Pläne, um Protest dagegen zu erheben“. Am Schlusse des Aufrufs heißt es:

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Polizei bei jedem Streik für die Unternehmer eintritt und durch Massenaufgebot von Polizeiorganen, das angeblich dem Schutze der Streikbrecher dienen soll, die Streikenden hindert, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Streikbrecher, die vielfach vorbestrafte, gewalttätige Elemente sind, mit Waffen ausgerüstet werden, mit denen sie die Streikenden und die öffentliche Sicherheit gefährden.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß Vorgänge wie in Moabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks zu suchen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit von Ausnahmegesetzen gegen Streikende, das heißt gegen die Gewerkschaften, zu begründen.

Nur eine Aenderung des Verhaltens der Polizei bei Streiks wird Kränalle wie in Moabit verhindern. Nicht gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern gegen die Uebergriffe der Polizei sind Gesetze notwendig!

Arbeiter! Wir rechnen auf Euch! Tut Eure Schuldigkeit! Der neue Anschlag der Reaktion muß mit aller Wucht abge schlagen werden!

Es kommt im Deutschen Reiche eines zum andern, um die anierpolitische Situation immer ernstlicher, immer kritischer zu gestalten. Der Wahlrechtskampf, die Vorbereitungen für die nächsten Reichstagsneuwahlen, der Kampf gegen die Fleischnot und den Lebensmittelwucher überhaupt, schwere wirtschaftliche Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital — und nun noch die ausnahmerechtliche Vergewaltigung der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie gerichteten Verbrechen. Aber die Sozialdemokratie und die organisierte Arbeiterschaft wird durch Vermehrung der Kampfnotwendigkeiten nicht entmündigt, sondern gestärkt. Sie vertraut auf die Gerechtigkeit ihrer Sache und auf ihre Kraft! Man kann das kämpfende Proletariat schikanieren, quälen; maßlos ungerecht behandeln, aber besiegen kann man es nicht! Schließlich wird die heilige und gerechte Sache der Arbeit doch endgültig triumphieren.

Alle ungerechte Gewalt nimmt einmal ein Ende, selbst die von „Gottes Gnaden“. Das hat sich wieder einmal in Portugal gezeigt, worüber sich unsere Leser des näheren aus der Tagespresse werden unterrichtet haben. Im Handumdrehen sozusagen, nach einem zehntägigen blutigen Kampfe in der Hauptstadt Lissabon, der als Opfer über 1000 Menschenleben erfordert haben soll, ist die portugiesische Monarchie vernichtet und der König samt seiner Sippschaft zur schmerzlichen Flucht gezwungen worden. Die Republik ist an die Stelle des Gottesgnadentums getreten. Kein Vergott, hat dem Jüngling „von Gottes Gnaden“ geholfen: er hat auf seiner Flucht mit sich genommen den Fluch des Volkes, das so lange unter schändlichem Druck einer Gottesgnadentums- und Pfaffenherzogschaft zu leiden hatte. Nur ist nicht daran zu denken, daß die neue Republik eine neue sozial, den berechtigten Interessen der arbeitenden Massen durchaus genügende Ordnung sein wird. Zunächst wird die Herrschaft des Herrschaft kapitalistisch-bürgerlicher Interessen. Und an Opposition gegen letztere von Seiten der Arbeiterschaft wird es gewiß nicht fehlen. Aber immerhin bedeutet die Umwandlung der Monarchie in ein republikanisches Staatswesen doch einen gewaltigen politischen Fortschritt. Welcher Herr „von Gottes Gnaden“ wird nun der nächste sein, reißt zur Abtänkung oder zur Flucht?

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Aschaffenburg** (Sperrung über die Firma Johann Dietrich in Lahr a. M.).
- Bad Orb** (Streik).
- Barmen-Elberfeld** (Sperrung über die Firmen Vöpel in Cocksloh bei Wülfrath, Husemann in Neviges, und Sandfort in Tönisheide).
- Berlin** (Sperrung über den Bau der Firma Martini-Nowawes in Wannsee, Schäferstrasse).
- Bramsche** (Streik).
- Bublitz** (Aussperrung).
- Darmstadt** (Sperrung über Val. Hofmann in Griesheim).
- Hagen** (Sperrung über das Kalkwerk Letmathe).
- Heimbrechts b. Hof** (Streik).
- Laage** (Streik).
- Mohme** (Sperrung über Paul Behrendt).
- Ochsenzoll** (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fulhsbüttel).
- Podejuch** (Sperrung über Rich. Kleinko und Wald. Berg in Podejuch, Herm. Koch in Finkenwald, Albert Kökelmann in Klütz und Aug. Saack in Retzowfeld).
- Rendsburg** (Sperrung über die Baugeschäfte in Duvenstedt).

Salzungen (Differenzen).
Soden-Salmünster (Sperrung über Ruppel & Klingenberg).
Westerland a. Sylt (Sperrung über die Arbeiten der Firma Matthieson).

Worpswede b. Bremen (Streik).

Fliesenleger:

Bochum, Gelsenkirchen (Streik).

Isoliere- und Steinholzleger:

Bremen (Differenzen).

Dresden (Sperrung über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Oesterreich:

Hallein, Schwochat, Strakonitz.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Nürnberg, Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshafen haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Frankfurt.

Am 1. Juli wurde im Rathaus zu Coblenz bei den Verhandlungen im Baugewerbe vereinbart, auch für Kreuznach und Umgebung einen Tarifvertrag abzuschließen. Einträge zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden den Unternehmern in Kreuznach schon im Mai des vergangenen Jahres zugestellt, aber keiner Antwort gewürdigt. Bei den Verhandlungen in Coblenz wurde von dem Generalsekretär des Arbeitgeberbundes für Rheinland-Westfalen, Schmiedehaus, ausdrücklich ausgesprochen, daß für Kreuznach weitere Verhandlungen stattfinden sollen. Es ist nun, nachdem man einmalig bei dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes in Kreuznach etwas verbe angeloft hatte, zu Verhandlungen gekommen. Diese fanden am 21. September in Kreuznach statt und führten auch zu einem Ergebnis. Die Unternehmer hatten außer den Organisationen der Maurer und Bauhilfsarbeiter auch den Vorstehenden des evangelischen Arbeitervereins, einen Pastor, und einen Arbeitersekretär der katholischen Jugendabteilung mit zur Verhandlung eingeladen. Welche Fachkenntnisse und Verhandlungsfähigkeiten diese beiden Arbeitervertreter besitzen, ging aus dem „Schweigen des Pastors“ und den dummdreisten Beleidigungen gegen die Bauhilfsarbeiter, die der Jagdabteiler gebräute, hervor. Erklärte doch der letztere, nachdem unserseitig die berechtigten Forderungen begründet worden waren, die in Kreuznach beschäftigten Bauhilfsarbeiter seien lauter Invaliden, Krüppel und solche Leute, die man sonst nirgends verwenden könne. Diese beleidigende Äußerung gegen die Bauhilfsarbeiter weist selbst die Unternehmer ganz entschieden zurück; man sieht aber, wach Geistes Kinder diese Jagdabteiler sind. Sie haben ein halbes Wüderbüden Bauarbeiter als Mitglieder und glauben dann, auf eine derartige Art und Weise die Interessen der Bauarbeiter „vertreten“ zu müssen. Zum Abschluß des Vertrages selbst ist erwünscht, daß die Unternehmer für Maurer einen Grundlohn von 34 s je Stellener, aber einen Lohnzuschuß von 36, 37 und 38 s für die Vertragsperiode in Vorlohn gebüden. Unserseitig wurden 36, 38 und 40 s in Vorlohn gebüdet. Es kam schließlich eine Einigung dahin zustande, daß in diesem Jahre 39 s, 1911 37 s und vom 1. April 1912 an 39 s zu zahlen sind. Bis auf bezüglich der Lohnfrage nicht alles nach unserm Wunsch gekommen, so muß doch anerkannt werden, daß mit der Regulierung der Löhne ein großer Fortschritt für unsere Kollegen erreicht worden ist. Befreien doch jetzt noch in den „Baderoten“ Kreuznach und Münster a. S. Tariflöhne von 26 bis 35 s. Vom 1. April nächsten Jahres an tritt eine Verfüzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde ein; die Unternehmer erklärten sich prinzipiell damit einverstanden, daß mit Ablauf des Vertrages die sechsstündige Arbeitszeit einzuführen ist. Ueberstunden werden mit 10 s Zuschlag, Nacht- und Sonntagsarbeiten mit 50 pzt. vergütet. Arbeiten in gesundheitsgefährlichen Betrieben bleiben der freien Vereinbarung überlassen. Im übrigen gelten die durch Schiedsgericht in Dresden festgelegten Bestimmungen. Schmiedehaus war redlich bemüht, den Vertrag mit uns zu tätigen. Eine Versammlung am 24. September hat diesen Abmachungen einstimmig zugestimmt und es ist zu erwarten, daß die Kreuznacher Bauarbeiter, die heute der Organisation noch fernstehen, aus diesem Vertragsabluß ihre Schlußfolgerungen ziehen und samt und jonders der Organisation beitreten werden.

Zu dem Streikbericht aus **Bad Orb** in Nr. 40 des „Grundstein“ erhalten wir vom Reichstagsabgeordneten R. Müller folgendes Schreiben:

Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes ersuche ich wegen des in Nr. 40 unter „Gau Frankfurt a. M.“ bezüglich Orb gebrauchten Artikels um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist unwar, daß ich an der raschen Fertigstellung des Badehausneubaus ein besonderes Interesse habe.

Es ist unwar, daß ich am 21. September s. R. Maurer aus Fulda telefonisch oder sonstwie erbeten habe; ich habe überhaupt niemanden um Maurerendung nach Orb angegangen. Richard Müller.

Unser Berichterstatter schreibt uns zu dieser Berichtigung: Daß Müller an genannter Lage in Bad Orb war und daß er Aktionär der „Bad Orb-Gesellschaft“ ist, die den Badehausneubau errichten läßt, wird von ihm nicht bestritten. Von dem bei der Firma Gregor Gautum beschäftigten und ausschließlich christlich organisierten Kollegen wurde bei unserer Zweigvereins-Einstellung angefragt, ob der Reichstagsabgeordnete Müller in Bad Orb Neubauten errichten lasse oder ob er an Bauten beteiligt sei oder ob er in Orb Grundstückspekulation betreibt. Ihnen (den Maurern) habe ihr Unternehmer (Gautum) gesagt, sie könnten nach Bad Orb arbeiten gehen. Auf die Mitteilung dieser Kollegen stützte sich hauptsächlich die von Müller angeführte Behauptung. Die Firma Gautum hat in Fulda den Bau des St. Josefshaus er-

richtet, der jetzt vollendet ist. In diesem Unternehmen, das auch besonders von weiblichen Frankfurter Frauenvereinsmitgliedern sehr stark frequentiert wird, nennt man Müller als Hauptmacher. In Fulda, Bad Orb und allerorts, wo Müller an geschäftlichen Unternehmungen und Spekulationen beteiligt ist, wird in ihm, wenn er sich auch nicht auf öffentlicher Bühne zeigt, ebenfalls der Hauptmacher erblickt.

Gau Hannover.

Im lippischen Rande sind die Verhandlungen endlich soweit gediehen, daß auch dort der Vertragsabluß vollzogen werden konnte. Aber ohne Arbeitseinstellung glaubten sich die Unternehmer auf eine Einigung nicht einlassen zu können. Verhandelt worden ist mehr als zu viel, und wenn durch dieses Handeln Vorteil herauskäme, so müßte das Verhandlungsergebnis ein besseres Gesicht haben als es hat. In Lemgo ist bereits Ende April eine Einigung zustande gekommen, ebenso in Detmold. In letzterem Orte waren die Arbeitsverhältnisse bei Beginn der Aussperrung außerordentlich traurig, so daß nicht gerade die beste Stimmung bei unseren Kollegen herrschte. Andererseits konnte man aber auch den Unternehmern aus den Augen lesen, daß bei ihnen die Neigung zur Aussperrung fehlte. Sie wollten aber auch keine Konzessionen machen, um ihren Klassengeoffen nachher sagen zu können: „Seht mal, wir Bitter sind doch schlaue Kerle als Ihr. Wir haben gar keinen Kampf geführt und haben die Maurer doch besiegt!“ In gewisser Beziehung haben die Unternehmer recht behalten. — In Lage, das noch heute eine Domäne der christlichen Organisation ist, haben die Kollegen, weil eine betriebende Einigung nicht zu erzielen war, Mitte August die Arbeit eingestellt. Der Kampf ist immer noch nicht entschieden. — Auch in Derlinghausen haben wiederholt Verhandlungen stattgefunden, und man hat sich auf eine ziemliche Wegstrecke geeinigt. Da aber unsere Kollegen in allen Orten, wo nicht vor dem Dresdner Schiedsgericht eine Einigung erzielt worden war, mit gutem Erfolg verlangten, daß dieser Schiedsgericht die Unterlieger der Verhandlungen zu nehmen sei, während die Unternehmer glauben, dadurch, daß sie nicht ausgespart hätten, etwas billiger wegkommen zu können, wurde die bällige Einigung schwierig. Billiger kamen die lippischen Unternehmer immerhin noch weg; denn nur in Salzungen ist noch in diesem Jahre, und zwar am 1. Oktober, eine Lohnsteigerung um 1 s eingetreten; in allen anderen Orten hat man darauf verzichtet. Ueber den letzten Pfenning ist schließlich noch in letzter Stunde eine Einigung erzielt worden. Anders in Salzungen. Da im ganzen Rande ein magerer Vergleich erzielt worden war, so glaubten die Salzunger Unternehmer auch für sich einen solchen beanspruchen zu dürfen. Man war sich auch hier einig bis auf den fünften Pfenning. Diesen glaubten sie nicht bewilligen zu brauchen. Unsere Kollegen dachten darüber aber anders. Als die Unternehmer erklärten: „Minners, Ihr wollt doch wohl nicht um den einen Pfenning streiten!“ antworteten unsere Kollegen prompt: „Na, und Ihr werdet es doch wohl nicht um den einen Pfenning zur Arbeitseinstellung kommen lassen!“ Die Unternehmer hofften, daß sich ein großer Teil ihrer „Besten“ am Streik nicht beteiligen würden; unsere Kollegen dagegen hatten bei der Einstellung der Arbeit die sichere Gewißheit, daß sie anderweitig sofort in Arbeit treten konnten. Mag Kaiser-Hannover führt zurzeit einen Hotelneubau dort aus. Er hat sich, als die einheimischen Unternehmer zum 1. Oktober 1 s zulegen wollten, zu 2 s verpflichtet, weil er notwendig Maurer brauchte. Dies wollten auch die Unternehmer, die deshalb auf Mag und auch auf den „Nordwestdeutschen“ einzutreten suchten, damit ihnen diese für ihre verlorenen Tage so Gille kämen. Die Antwort dürfte trotz der persönlichen Vorstellung in Hannover nicht günstig gewesen sein; denn jenseits Kaiser über der Nordwestdeutsche schädigen jeden nach seinem Verdienst ein. Trotzdem drückte die Unternehmer mit ihrem Schreiben aus Hannover. Unsere Kollegen ließen sich aber nicht ins Wuchshorn jagen, sondern stellten am 1. Oktober früh die Arbeit einmütig ein. Als die Unternehmer sahen, daß ihre Sache verloren war, kapitulierten sie sofort, so daß schon nach Frühstück die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Ueber unsere Gesamterfolge mag die nachstehende Mitteilung Auskunft geben: Für Detmold-Stadtbezirk, Detmold-Heidenoldendorf, Hildesheim, Heiligentkirchen, Verbeeden, Frommhausen, Kemminghausen, Eichholz, Meiersfeld, und Jergen-Orbe beträgt der Stundenlohn bis zum 31. März 1911 für Maurer 46, für Zimmerer 45 und für Bauhilfsarbeiter 39 s, dann steigt er auf 47, 46 und 40 s, am 1. April 1912 auf 48, 47 und 41 s und von da an bis zum Vertragsabluß auf 49, 48 und 42 s. Für Lemgo (Stadtbezirk und Umgegend) beträgt der Stundenlohn für Maurer bis 31. März 1911 45 s, dann steigt er auf 46 und am 1. April 1912 auf 47 s. Der Stundenlohn in Salzungen beträgt für Maurer vom 1. Oktober dieses Jahres an 44, vom 1. April nächsten Jahres an 46, vom 1. April 1912 an 47 und vom 1. Oktober 1912 an 48 s. Die gleichen Löhne gelten für Derlinghausen mit der Umgegend bis 3 km einschließlich Hesmiesen, Lipperehe, Ottenhausen, Wissenstrup und Wisinghausen. Die normale Arbeitszeit beträgt für alle Orte zehn Stunden.

Die Firma Kafemier-Gersdorf hat zurzeit eine größere Arbeit in Schweigeln bei Gersdorf auszuführen. Unsere dort beschäftigten Kollegen beanspruchen den Herforder Lohn; um so mehr, da bei den Verhandlungen selbst die Unternehmer auf eine weitere Ausdehnung des Lohngebiets Anspruch erhoben und andere Firmen einen höheren Lohn zahlten. Eine stattgefundene Schlichtungskommission hat sich für nicht zuständig erklärt, aber dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß sich die Firma mit den in Schweigeln bei ihr beschäftigten Arbeitern einigen möge. Da die Firma keinerlei Konzessionen zu machen bereit war, wurde die Arbeit am 6. Oktober eingestellt.

Gau Nürnberg.

In Nürnberg, Zweigverein Hof a. d. S., haben unsere Kollegen in diesen Frühjahr eine Forderung an ihre Unternehmer gestellt, die aber infolge der Gesamtbewegung und der nicht allzu günstigen Baulage nicht weiter verfolgt wurde. Als Antwort auf diese Forderung entließ der

Unternehmer Gegner, der fast nur allein in Betracht kommt, jene unserer Kollegen, die er glaubte, für die Einreichung der Forderung verantwortlich machen zu können. In den letzten Wochen hat nun in Müllingberg eine äußerst gute Konjunktur eingeleitet und unsere Kollegen machen Gegner vorerst durch ein Schreiben auf die im Frühjahr gestellte Forderung aufmerksam. Die Antwort (Gegner) fiel aber diesmal schon etwas anders aus und verdient wohl, allen Kollegen bekannt zu werden. Sie lautet:

Müllingberg, den 3. Oktober 1910.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Df.

Gegen die mir gewordene Zuschrift vom 29. v. M. bedauere ich, erklären zu müssen, daß ich mich nicht entschließen kann, mir von einer Organisation, die mich nicht weiter berührt, einen Vertrag aufzudrängen zu lassen. Ich behandle meine Leute in einer Weise, daß jeder Einseitigkeit keine Ursache hat, sich irgendwie zu beklagen, halte auch stets jedes Versprechen und Sorge immer für eine möglichst gleichmäßige, das ganze Jahr hindurch dauernde Beschäftigung. Auch sind die Löhne ganz den bisherigen Verhältnissen angepaßt; dieselben wurden im heutigen Jahre wiederum bis zu 4 % erhöht. (Nur 1 %, der Berichterstatter).

Wenn vielleicht irgend jemand mit meiner Geschäftsordnung nicht einverstanden sein will, so trifft die Schuld nur ihn selbst. Ich habe unter anderem Leute, die bis zu 40 Jahren in meinem Geschäft sind und jetzt erst recht keine Ursache haben, sich zu beschweren. Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß, wenn eine Gemischnisse von Hof in die hiesigen Verhältnisse beifügt werden will, ich schon zuerst den Rat geben muß, dortige Konkurrenzgeschäfte zu veranlassen, daß diese nicht weiter mit Scheuderangeboten im hiesigen Rayon herumtreiben; denn, wenn solche Verhältnisse noch mehr erscheinen, werden sich auch die Löhne, die ich jetzt zahle, kaum noch hochhalten lassen. Hochachtungsvoll Conrad Segner.

Eine Versammlung, die sich mit vorstehender Antwort beschäftigte, beschloß, bei dem Unternehmer persönlich durch eine Kommission vorstellig zu werden. ... Der Unternehmer so gut wie gar keine Zugeständnisse. So wollte er unter keinen Umständen von der effizienten Arbeitszeit abgehen und auch nur einen Stundenlohn bis zu 42 % gewähren. Dieses Angebot lehnten die Kollegen einstimmig ab und beschloßen ebenso einstimmig die Arbeitszeit einstellung. ... Im Gau Stettin ist der Arbeitgeberverband immer noch nicht imstande, seine Mitglieder in Gollnow, Belgard und Prenzlau zum Vertragsabschluss bezw. zu ordnungsmäßigen Verhandlungen zu bewegen. ...

Gau Stettin.

Im Gau Stettin ist der Arbeitgeberverband immer noch nicht imstande, seine Mitglieder in Gollnow, Belgard und Prenzlau zum Vertragsabschluss bezw. zu ordnungsmäßigen Verhandlungen zu bewegen. ... Die Lohngebiets-einteilung war dringend notwendig geworden. ...

zeigt. Witte wollte die 2 1/2 Randgeld nicht zahlen. Alle Vorstellungen und selbst Entscheidungen der Unternehmer nützen nichts, bis dann durch eine Arbeitseinstellung erreicht werden konnte, daß sich Witte nicht nur bereit erklärte, das Randgeld in Zukunft zu zahlen, sondern es auch für die zurückliegende Zeit nachzugeben. Es waren A 202,05, in die sich 21 Kollegen teilen konnten.

Ueber die Verhandlung zu Straßund am 7. September ist folgendes Protokoll aufgenommen worden: Von den Gauleitern sind anwesend: die Herren Schauer, Michaelis, Richter aus Stettin, Erdmann aus Schwerin, Schröder aus Straßund, Mittel aus Waldow. ...

Anfang zum Protokoll vom 7. September 1910, verhandelt mit dem Bezirksarbeitsgeberverband für das Baugewerbe Neuvoerpommern.

Einteilung der Lohngebiete.

- 1. Lohngebiet Barth. Lohnhöhe: Maurer: bis 1. April 1911 42 % pro Stunde; Zimmerer: bis 1. April 1911 42 % pro Stunde. ...
2. Lohngebiet Damgarten. Lohnhöhe: Maurer: 1910: 41 %, 1911: 43 %, 1912/13: 44 % pro Stunde. ...
3. Lohngebiet Straßund. Lohnhöhe: Maurer: bis 1. April 1912: 48 %, 1912/13: 50 % pro Stunde; Zimmerer: bis 1. April 1912: 48 %, 1912/13: 50 % pro Stunde. ...
4. Lohngebiet Richtenberg-Franzburg-Tribsee. ...
5. Lohngebiet Demmin-Jarmen-Kreptow a. d. E. ...
6. Lohngebiet Gützkow. ...

7. Lohngebiet Wolgast. Lohnhöhe: Maurer und Zimmerer 1910 42 %, 1911 44 %, 1912/13 45 % pro Stunde. ...

8. Lohngebiet Greifswald. Lohnhöhe: Maurer und Zimmerer 1910/11 48 %, 1912/13 50 % pro Stunde. ...

9. Lohngebiet Anklam. Lohnhöhe: Maurer und Zimmerer 1910: 41, 1911: 43, 1912/13: 45 % pro Stunde. ...

10. Lohngebiet Insel Rügen. Lohnhöhe: Maurer und Zimmerer bis 1. April 1911: Stadt 40, Land 43, Waderort-Maurer 53, Zimmerer 45 %, letztere frei Quartier in Waderorten. ...

Deutscher Bauarbeiterverband. Bekanntmachungen der Gauvorstände. Gau 5 (Berlin).

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 37 unserer Fachorgane, berufen wir hiermit die konstituierende Gaukonferenz zum Sonntag, 20. November, vormittags 9 Uhr, ins Generalschaftshaus in Berlin, Engelauer 15, ein. ...

Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: a) Für die getrennten Lagungen: 1. Bericht des Gauvorstandes; 2. Anträge; b) Für die gemeinsame Lagung: 1. Der Deutsche Bauarbeiterverband; 2. Konstituierung des Gaus; 3. Anträge. ...

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A. Hermann Silberschmidt. Der Gauvorstand des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. J. A. Otto Reunthaler.

Gau 11 (Hannover).

Im Anschluß an die Bekanntmachung der Verbandsvorstände in Nr. 37 der Fachorgane berufen wir hiermit die konstituierende Gaukonferenz zum Sonntag, 20. November, vormittags 10 Uhr, nach Hannover, Restaurant „Gewerkschaftshaus“, Nikolaistr. 7, ein. ...

Gau 21 (Straßburg).

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes berufen wir zum Sonntag, 20. November, vormittags 9 1/2 Uhr, nach Straßburg i. E. den konstituierenden Gaukongress ein. ...

Die Wahl der Delegierten erfolgt getrennt nach Verbänden auf Grund der bestehenden Bestimmungen der Statuten. Die Delegierten müssen sich auf der Konferenz durch Mandat, Mitgliedsbuch und Legitimationskarte für die diesjährige Lohnbewegung legitimieren. ...

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A. R. Voigt. Der Gauvorstand des Zentralverbandes der baugewerblichen Bauglücksarbeiter Deutschlands. J. A. D. Fischer.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Reichenbühlhof 56, zu adressieren.

In der Zeit vom 4. bis 10. Oktober 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Table listing contributions from various locations like Arnstedt, Bramberg, and others, with amounts in M.

b) Für Futterale.

Table listing contributions for feed (Futterale) from locations like Delitzsch, Glogau, and others.

c) Für Protokolle.

Table listing contributions for protocols from locations like Breitenburg, Caputh, and others.

d) Für Anzeigen im „Grundstein“.

Table listing contributions for advertisements in 'Grundstein' from locations like Breitenburg and others.

Der Verbandsvorstand.

Abrechnung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands für das zweite Quartal 1910.

Einnahme in den Zweigvereinen.

Table showing income from various branches, including contributions and membership fees.

Ausgabe in den Zweigvereinen.

Table showing expenses for various branches, including membership fees and administrative costs.

Table titled 'Einnahme in der Hauptkasse' showing income from various sources like branch contributions and donations.

Table titled 'Ausgabe in der Hauptkasse' showing expenses for various items like printing, postage, and administrative costs.

Table titled 'Bilanz' showing the financial balance with income and expenses.

Samburg, den 9. Oktober 1910. J. Köster, Kassierer. Vorstehender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassierbüchern und Belegen übereinstimmend befunden.

Berichte.

Essen a. d. Ruhr. „Steigende Unduldsamkeit“ betitelt sich ein Artikel in der „Baugewerkschaft“ vom 9. Oktober. Es wird darin ausgeführt, daß sich unsere Kollegen durch die „Geharbt der roten Presse“ zu Gewaltmaßnahmen hinreizen lassen.

gestellten dieser Organisation in eine schlechte Situation, sie müssen alles daran setzen, die Pflicht ihrer Mitglieder aufzuhalten. Da ist natürlich guter Rat teuer. Aber kein Zentnersmann kommt in Betracht. Die „Lehren“ von M. Glöckner tun hier ihre Schuldigkeit, und da weiter nichts zieht, wird wieder ein „Terrorismusfall“ der freien Gewerkschaften ins Leben geföhrt. Und wahrlich, in diesem Fach ist man Meister. Man scheidet vor den unverlässlichen Mitteln nicht zurück. Am Landgerichtsneubau arbeiten rund 200 freigelegte Bauarbeiter. Das kann eine schwarze Seele vom hohen bringen. Als man es nämlich für günstig hielt, setzten sich die Angehörigen der christlichen Organisation mit der Bauleitung in Verbindung und stellten das Ersuchen, nur christlich organisierte Arbeiter einstellen zu wollen.

Isolierer und Steinholzleger. Streit und Sperren.

Die Isolierer in Hannover und München befinden sich in einem Abwehrstreit; es ist daher der Zugang nach diesen Orten streng ferngehalten. Die Sperre über Bremen ist aufgehoben, da sich die Unternehmer bereit erklärten, den jetzigen Tarif auf ein Jahr zu verlängern.

Hannover. Der Streik der Isolierer dauert fort.

Die Isolierfirmen machten verschiedentlich Anstrengungen, um Streitzbrecher anzuwerben. Die Firma Wesemann & Co. hat bereits zwei dieser nützlichen Elemente, die sie an der Schwelmente in Linden-Fischerhof beschäftigt und die durch zwei Sendarmen bemacht werden. Die Firma Hannoverer Isolierwerke hat in den Luch-gern-Isolierern Lehmann (zurzeit auf dem Kalfwerk Sebnde) und Siehe aus Stappfurt (zurzeit auf der Heber Hütte) zwei „tätige“ Arbeiter erhalten.

sehen beachten müssen. Der Firma Kreuser & Koflermann sind noch zwei Joliterer untreu geworden. Welch mächtiger Mittel sich die Jolitererfirmen bedienen, um ihre langjährigen bewährten Arbeitskräfte (durchweg Familienwäter) drohlos zu machen, zeigt ein am 4. Oktober verfaßtes Rundschreiben, in dem die Namen der freitenden Joliterer mitgeteilt und die Mitglieder des Fabrikantenvereins auf die sühnenswerten Missetaten hingewiesen werden. In einem weiteren Schreiben wurden auch die Mitglieder des Industriellen-Arbeitsverbandes in Hannover aufgefordert, keine Joliterer aus Hannover und Halle einzustellen, weil sich diese im Streit befinden. Auch vor der Einstellung von Münchner und Leipziger Joliterern wird gewarnt, weil in diesen Städten Streiks ausbrechen drohten. Zur Beruhigung der Jolitererfirmen in Hannover-Binden sei jedoch mitgeteilt, daß bereits zwölf Joliterer anderweit untergebracht sind und wir noch zweimal soviel unterbringen könnten. Auch hat bereits eine Firma die von uns gestellten Forderungen bewilligt. Die Firma Rheinhold & Co. hat sich am 8. Oktober zwecks Verhandlung mit einer Kommission, die ausschließlich aus Joliterern bestehen sollte, die bis zum 1. Oktober bei ihr beschäftigt waren, an den Verband der Joliterer, Bahnhöfe Hannover, gewendet. Dieser lehnte jedoch das Ansuchen ab, weil beim Abschluß eines Vertrages nur die Gesamtorganisation resp. deren Vertreter in Frage kommen könnten.

Internationale Maurerbewegung. Organisationsberichte.

III.

Der Verband der Bauhilfsarbeiter Oesterreichs ist erst im Jahre 1905 gegründet worden, bis dahin gehörten die Hilfsarbeiter dem Maurerverbände an, wenn auch in nur geringer Zahl. Wir entnehmen dem Bericht folgende interessante Ausführungen:

„Die übergroße Mehrzahl der dem Verbandsangehörigen Mitglieder arbeitet nur beim Hochbau, die bei den Erd-, Tief-, Eisenbahn- und Wasserbauten beschäftigten Arbeiter sind so gut wie gar nicht organisiert. Nur eine ganz geringe Zahl dieser Arbeiter ist in unseren Verbänden. Die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß bei den großen Eisenbahn- und Wasserbauten mit Vorliebe ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Bis auf den Balkan sind die Unternehmer ihre Agenten, um Leute anzuwerben. So finden wir besonders bei den Bahnbauten eine große Zahl Serben, Macedonier und Montenegriner beschäftigt. Die Lebenshaltung und das Kulturniveau dieser Arbeiter ist ganz asiatisch. Hat doch der staatliche Aufsichtsbefugte bei einem Bahnbau in Tirol etliche Hundert solcher Macedonier im Walde kampieren gefunden. Der freie Wald war ihr „Heim“, ihr Schutz und Obdach. Die Verhältnisse bei diesen Arbeitern sind im allgemeinen trostlose, die Staatsbehörden tun dagegen gar nichts, sondern drücken beide Augen zu.“

Die Tiefbauarbeiter bilden auch eine äußerst schwer zu organisierende Arbeiterschaft. Die Frauennarbeit ist in Oesterreich ziemlich ausgebreitet; die Frauen sind aber nicht leicht zu organisieren und noch schwerer in der Organisation zu halten. In neuerer Zeit ist in jenen an Deutschland angrenzenden Gebieten der Selbstbewußtseins die Tendenz nach Einschränkung der Frauennarbeit zu bemerken, indem sich die Arbeitsweise jener in Deutschland nähert.“

Auch dieser Verband hat eine genossenschaftliche Verfassung; von den Beiträgen, die zwischen 20 und 50 Heller betragen, verbleiben den örtlichen Organisationen 12 bis 15 pSt., nämlich 3 bis 6 Heller. Die Zweigvereine erheben darüber hinaus Beiträge, um ihre Verwaltungsausgaben zu decken. Neben den ordentlichen Verbandsbeiträgen haben die Mitglieder noch jährlich 80 Heller für die Kosten des Verbandstages und 60 Heller für den Beitrag an die Verbandszentrale (gleich unserer Generalkommission) zu zahlen, außerdem hat der Hauptverband das Recht, Extrabeiträge auszusprechen. Militärdienst und Krankheit betreiben vom Beitrag. Die Beitragsfrist umfaßt, wie im deutschen Bauhilfsarbeiterverbande, 44 Wochen. Unterstützung gewährt der Verband bei Streiks und Maßnahmen, auf der Reise, bei Sterbefällen und bei außerordentlichen Notfällen; daneben genießen die Mitglieder in gewöhnlichen Rechtsstreitigkeiten den Schutz des Verbandes.

Die Entwicklung der Organisation gewährt kein erfreuliches Bild. Nach einem anfänglichen Aufschwung hat der Verband seit 1907 einen jähen Abstrich erlitten. Am Schlusse des Jahres 1907 hatte er 7017 Mitglieder, ein Jahr später 4902 und am Schlusse des vorigen Jahres nur noch 3017. Die Zeitung hofft, daß in diesem Jahre eine Erhöhung der Mitgliederzahl eintreten werde. An dem recht bedenklichen Niedergange trägt nicht allein die allerdings sehr schwere Wirtschaftskrise die Schuld, sondern auch die durch die hier mehrfach besprochenen separatistischen Bestrebungen der Tschechen hervorgerufenen Wirren in der österreichischen Arbeiterbewegung. Der Bericht konstatiert, daß dieser Streit der Organisation sehr viel geschadet hat. Neben das Finanzwesen macht der Bericht keine näheren Angaben, sondern gibt nur an, daß die Einnahmen in den letzten drei Jahren insgesamt Kr. 148 709,20, die Ausgaben, Kr. 150 625,88 betragen haben. Für Streiks gab der Verband in dieser Zeit Kr. 39 563,31 aus.

Der österreichische Maurerverband, dessen Einrichtungen und Schicksale unsern Lesern durch öftere

Artikel nicht unbekannt sind, hat ebenfalls eine starke Einbuße an Mitgliedern zu beklagen. Er hatte Mitglieder am Jahreschlusse 1907: 35 271, 1908: 30 545, 1909: 21 502. Auch hier ist die meiste Schuld dem unseligen Nationalitätenstreit beizumessen. Die Agitation der Tschechen raubte dem Zentralverbande die Mitglieder, ohne den Tschechen Gewinn zu bringen, sie wirkte nur zerstörend, aber nicht aufbauend; denn die tschechischen Organisationen führen ein elendes Scheinleben. Eine weitere schlimme Folge der tschechischen Agitation ist das Wächstum der deutsch-nationalen Bauarbeiterorganisation, die jetzt sogar ein eigenes Organ herausgibt. In diesem Jahre hofft man jedoch einen Mitgliederzuwachs zu erzielen. Die inneren Einrichtungen des Verbandes sind denen unseres Verbandes sehr ähnlich. Die für 40 Wochen erhobenen Beiträge bewegen sich zwischen 30 und 70 Heller. Beihilfen, die ebenfalls die Mitgliedschaft erwerben können, zahlen 20 Heller. Den Ortsgruppen bleiben von den Beiträgen circa 25 pSt. Unterstützung gewährt der Verband bei Streiks, auf der Reise, bei Todesfall, Maßregelung und Haft. Reiseunterstützung wird nur im Winter gezahlt. Der Verband gibt gegenwärtig drei Zeitungen heraus: „Der Maurer“ (deutsch), „Stabemit“ (tschechisch), „Robotnik budoblanj“ (polnisch) und ein italienisches Blatt. Selbstverständlich trägt auch das Finanzwesen die Spuren der rückläufigen Entwicklung; die Einnahmen betragen in Kronen 1907: 465 521,81, 1908: 520 160,80, 1909: 401 786,80; die Ausgaben 1907: 451 528,86, 1908: 388 126,13, 1909: 398 294,78. Von den Ausgaben entfallen auf Kosten der Lohnbewegungen in den Jahren 1907 und 1908 je Kr. 142 000, im Jahre 1909 Kr. 110 000. Das ist ein Beweis für die hohe Leistungsfähigkeit des österreichischen Verbandes. Wir zweifeln übrigens auch nicht, daß er den Rückschlag der letzten Jahre bald überwinden wird.

Der slowenische Maurerverband ist eine Zentralorganisation, deren Ortsgruppen das Recht der Festschließung der Vertragsgehilfen haben. Der Verband nimmt nur Maurer als Mitglieder auf; Lehrlinge, die sich dem Verbandsangehörigen, erhalten besondere Karten, die sie erst nach beendeter Lehrzeit gegen vollgültige Legitimationen umtauschen können. Die Eintrittsgebühr unterliegt der örtlichen Festschließung, sie beträgt zwischen 5 und 25 Kronen. Lehrlingen, die sofort beim Eintritt in den Beruf dem Verbandsbeiträge, wird das Eintrittsgeld ermäßigt. Der Verband hatte früher Monatsbeiträge, vom 1. Juli 1910 an erhebt er 40 Wochenbeiträge im Jahr, die mindestens 35 Dore pro Woche betragen müssen, wovon die Hauptkasse 25 Dore erhält. Die kleineren Ortsvereine lassen es bei 35 Dore bewenden, die größeren erheben 40, 45 und 60 Dore. Aber neben diesen ordentlichen Beiträgen ist noch ein besonderer Kampfsbeitrag zu leisten, den der Vorstand je nach der Situation erhebt. In den beiden letzten Jahren betrug dieser Kampfsbeitrag pro Mitglied Kr. 18 und für die Mitglieder, die innerhalb des Kampfgebietes arbeiten, das Doppelte. Der Verband unterhält eine Sterbekasse, zu der besondere Beiträge, und zwar Kr. 2 pro Jahr, zu leisten sind. Die Zugehörigkeit zur Sterbekasse ist für Mitglieder unter 45 Jahren obligatorisch, Mitglieder, die beim Eintritt älter als 45 Jahre sind, können der Kasse nicht mehr beitreten. Das gewählte Statut beläuft sich nach zweijähriger Karenzzeit auf Kr. 250. (Wir halten dies für unmöglich; bei einem so niedrigen Beitrage kann ein Sterbegeld in dieser Höhe unmöglich gewährt werden. Jedenfalls enthält der Bericht da einen Irrtum.) Im Gegensatz zu den vorhin beschriebenen Verbänden haben die Krisenjahre dem schwedischen Verbands nichts anhaben können; seine Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 1907 4298; 1908 4366, 1909 4293. Man muß dabei noch bedenken, daß die schwedische Arbeiterschaft in dieser Zeit gewaltige Kämpfe zu bestehen hatte; unter diesen Umständen ist die Wahrung des Mitgliederbestandes ein Zeichen ganz besonderer Festigkeit des Verbandes. Das Kassentwesen des Verbandes trägt die deutlichen Spuren der schweren Kämpfe. Die Jahreseinnahmen betragen (in runden Tausenden) 1907 Kr. 70 000, 1908 Kr. 210 000, 1909 Kr. 76 000, die Ausgaben 1907 Kr. 39 000, 1908 Kr. 202 000, 1909 Kr. 173 000. Das Vermögen des Verbandes betrug am 31. Dezember 1909 Kr. 59 489,97.

Der unsern Kollegen gut bekannte Verband der Maurer und Sanblanger in der Schweiz hat in den letzten Jahren keine Fortschritte gemacht; am Schlusse des vorigen Jahres hatte er 2408 Mitglieder. Die inneren Einrichtungen des Verbandes sind den unsern nachgebildet. Der Verband hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die in der Schweiz zahlreich arbeitenden Italiener lassen sich nur schwer für die Organisation gewinnen, separatistische Bestrebungen wirken der Agitation des Verbandes direkt entgegen; so daß es nur zu erklärlich ist, wenn die Organisation stagniert. Der Verband hatte in den letzten drei Jahren folgende Einnahmen Kr. 58 150, 60 278, 60 858, und Ausgaben Kr. 48 880, 56 685, 49 617. Der Verband hat erhebliche Aufwendungen für Streiks machen müssen, nämlich circa Kr. 68 000 in den letzten drei Jahren. Die weitere Entwicklung des Verbandes wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, die Italiener in größerer Anzahl zu gewinnen.

Eine erhebliche Einbuße an Mitgliedern hat der Verband der ungarischen Bauarbeiter in den letzten Jahren erlitten. In dem Bericht wird dies zurückgeführt auf den Terrorismus der Unternehmer und der Regierung. Schwere Kämpfe schwächten den Verband ganz außerordentlich. Daneben haben sich einige Arbeitergruppen selbständige Organisationen geschaffen, die erst dem Bauarbeiterverbande angehörten, es sind das die Ofener, Glaser und Straßbauarbeiter. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1907 16 274, 1908 11 911, 1909 9441. In diesem Jahre ist die Mitgliederzahl wieder gestiegen. Der Verband erhebt neben den Verbandsbeiträgen von 30 Heller pro Woche einen Beitrag zum Widerstandsfonds; der sich nach der Höhe des Verdienstes richtet und von den Ortsgruppen festgesetzt wird. Aus den Beiträgen zum Widerstandsfonds wird das Verbandsorgan bezahlt, der Rest wird von der Zentrale verwaltet, bleibt aber Eigentum der Ortsgruppe, die aus diesen Geldern in ihren Kämpfen unterstützt wird. Die Zentrale selbst zahlt keine Unterstützungen. Diese eigenartige Mischung von Zentralismus und örtlicher Selbständigkeit ist durch die rückläufige, gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung veranlaßt. Die Beiträge werden jetzt ebenfalls für 40 Wochen im Jahre entrichtet. Der Verband gewährt jetzt Unterstützung in Sterbefällen des Mitgliedes oder seiner Gattin, bei Geburt oder Todesfällen von Kindern und in Krankheitsfällen, in letzterem Falle auf die Dauer von 20 Wochen. Vom Jahre 1914 an wird auch eine Invalidenunterstützung gewährt. Das Kassentwesen des Verbandes spiegelt sich in folgenden Zahlen wider:

1. Verband.		
	Einnahme Kr.	Ausgabe Kr.
1907	180197,09	79687,34
1908	95293,55	59706,22
1909	75534,99	54146,81
Zusammen	301025,63	193540,67

2. Widerstandsfonds.		
	Einnahme Kr.	Ausgabe Kr.
1907	128033,20	108447,85
1908	90819,47	101907,13
1909	71080,41	-51101,--
Zusammen	284433,08	287745,98

Der Bericht schließt mit folgenden Angaben: „Wir müssen noch bemerken, daß sich unsere Verbandsmitglieder aus Ungarn, Deutschen, Slowaken, Serben, Rumänen, Italienern und Kroaten rekrutieren. Unser Fachorgan erscheint in ungarischer und deutscher Sprache, für die Mitglieder der anderen Nationalitäten geben wir die in ihrer Sprache erscheinenden Parteiblätter. Mit dem seit dem Bestehen des Verbandes ersparten Vermögen in der Höhe von Kr. 600 000 und mit einem zu Hilfe genommenen Darlehen von Kr. 750 000 haben wir ein Zinshaus gebaut, dessen Reinertrag die einwirkende Invalidenunterstützung aller Wahrscheinlichkeit nach sichert.“

Wir möchten zu dem Bericht des ungarischen Verbandes noch bemerken, daß es gut gewesen wäre, wenn er einige Angaben über die Verhältnisse innerhalb des Verbandes gemacht hätte. Die Leitung des Verbandes ist in der Person des Kollegen Wolany in einigen deutschen Parteiblättern hart angegriffen worden. Das Leipziger und Bremer Parteiblatt, auch wohl noch andere, die wir nicht beachtet haben, brachten Artikel, die sehr schwere Vorwürfe enthielten. Wir waren leider nicht in der Lage, unsere ungarischen Kollegen verteidigen zu können, weil die Angriffe sehr bestimmte Behauptungen enthielten und wir ohne jede zureichende Information waren. Diese Angriffe hängen mit den Streitigkeiten in der ungarischen Sozialdemokratie eng zusammen, wir wollen hier nicht weiter davon reden. Sehr bedenklich erscheint uns, daß sich die Fachsektion der Dubapeter Maurer, wohl die größte Ortsgruppe des Verbandes, von der Leitung losgerissen hat und sie in ihrem neugegründeten Organ, „Der Maurer“, scharf bekämpft. Wenn unsere ungarische Bruderorganisation bei ihren harten Kämpfen gegen ein brutales Unternehmertum und eine arbeitgeberfeindliche Regierung die offene Mobilisation im eigenen Lager hat, dann läßt das wahrlich keine tröstliche Hoffnung auf die Zukunft zu. Ist die Leitung überzeugt, daß ihr Schicksal rein ist, dann sollte sie eine öffentliche Darlegung des Streitiges nicht scheuen.

Nachlässigend auf die Mitgliederstatistik können wir wohl konstatieren, daß in allen Ländern die Periode des Niederganges überwunden ist. Mit dem Aufschwunge des Wirtschaftslebens werden sich auch die Organisationen der Bauarbeiter wieder kräftigen. Wo andere Ursachen an dem Niedergange beteiligt waren, wie in Oesterreich die tschechischen Quertreibereien in der Schweiz die Sonderbestrebungen unter den Italienern, in Holland der Kampf gegen die anarchisierenden Elemente, da wird man allerdings nicht so leicht darüber hinwegkommen. Hier muß der harte Bruderkampf durchgeföhrt werden, bis sich die gewerk-

schaffliche Vermunft durchgesetzt hat. — Auch in diesem Bericht fehlen noch Angaben über die englischen Bauarbeiterorganisationen; unsere Kollegen jenseits des Kanals stehen immer noch außerhalb des internationalen Bundes. Wir können leider auch heute noch nicht sagen, ob sich das bald ändern wird. In Kopenhagen trafen wir unter den Kongressdelegierten keine Kollegen vom Bauberuf. Verbinden uns auch mit den englischen Bauarbeitern keinerlei wirtschaftliche Berührungspunkte, so ist es aber doch die Konsequenz des Gedankens der internationalen Solidarität, auch mit ihnen Verbindung zu haben. Zudem könnte der Austausch der im Organisationsleben und im Kampfe mit dem Mythenheimertum gemachten Erfahrungen anregend und befruchtend wirken; die Vermittlung von Kenntnis über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter in den verschiedenen Ländern könnte unseren Geschäftskreis erweitern und uns in den Stand setzen, den irreführenden Berichten der Unternehmerrgane entgegenzutreten. Darum möchten wir unsere Besprechung mit dem Wunsche schließen, daß es bald gelingen möge, die Bauarbeiter-Internationale durch den Anschluß der englischen Kollegen zu stärken.

Lohnbewegungen der Maurer in Grossbritannien.

Das Arbeitsamt im britischen Handelsministerium gab eben den 17. Bericht über kollektive Lohnänderungen heraus, der Auskunft gibt über die Erhöhungen und Kürzungen der normalen Löhne der Arbeiter aller Kategorien, mit Ausnahme der Landarbeiter, Eisenbahner und Seeleute, für die keine zuverlässigen Angaben vorhanden sind.

Die Lohnänderungen wurden größtenteils ohne vorhergehende Arbeitseinstellung vollzogen, da in einer Reihe von Industrien sogenannte „gleitende Lohnskalen“ gelten und in andern ständige freiwillige Einigungs- und Schiedsämter der organisierten Arbeiter und Unternehmer bestehen, deren Zweck in erster Linie die Verhütung von Streiks und Aussperrungen ist. Sie haben gewöhnlich die satzungsmässige Bestimmung, daß keine Arbeits- oder Betriebseinstellung stattfinden darf, so lange als über den Streitfall verhandelt wird. Dem Abbruch der Verhandlungen wird vielfach vorgebeugt, indem die Streitsachen, bezüglich derer sich die Parteienvertreter selbst nicht zu einigen vermögen, „automatisch“ das heisst ohne dass eine diesbezügliche Beschlussfassung erforderlich ist, der endgültigen Entscheidung zugeführt wird, und zwar entweder durch Anrufung des Handelsministeriums um Einsetzung eines Schiedsrichters, durch unmittelbare Ueberweisung an einen ständigen neutralen Vorsitzenden oder Schiedsrichter, oder an einen von Fall zu Fall einzusetzenden Schiedsrichter, oder durch Ueberweisung an einen dreigliedrigen neutralen Schiedsausschuss.

Innerhalb des Zeitraumes 1900 bis 1909 waren im letzten Jahre die meisten Arbeiter an Lohnänderungen beteiligt, welchen Streiks oder Aussperrungen vorausgingen; das deshalb, weil die gegen sonst häufigen Forderungen auf Lohnkürzung, die seitens der Unternehmer erhoben wurden, die Arbeiter zu energischem Widerstand zwangen. An Lohnänderungen ohne vorhergehende Arbeitseinstellung hatten Teil 1900 1 077 426 Arbeiter (95,1 pZt. aller an Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter), 1901 914 373 (98,4 pZt.), 1902 874 407 (98,6 pZt.), 1903 882 850 (98,5 pZt.), 1904 789 724 (98,6 pZt.), 1905 674 705 (97,9 pZt.), 1906 1 060 172 (95,1 pZt.), 1907 1 234 140 (99 pZt.), 1908 944 599 (98,1 pZt.) und 1909 1 000 931 (86,7 pZt.); dagegen betrafen die nach Arbeitseinstellungen vollzogenen Lohnänderungen 1900 54 960 Arbeiter (4,9 pZt. aller an Lohnänderungen Beteiligten), 1901 14 553 (1,6 pZt.), 1902 12 799 (1,4 pZt.), 1903 13 748 (1,5 pZt.), 1904 10 934 (1,4 pZt.), 1905 14 184 (2,4 pZt.), 1906 54 988 (4,9 pZt.), 1907 12 324 (1 pZt.), 1908 18 734 (1,9 pZt.) und 1909 153 865 (13,3 pZt.).

Die beiden letzten Jahre waren eine Zeit sinkender Löhne; durch das Vorwiegen der Lohnkürzungen ergab sich für die beteiligten Arbeiter 1908 ein wöchentlicher Lohnverlust von insgesamt £ 59 171 (a. M. 20), und 1909 ein solcher von £ 68 922; 1906 und 1907 herrschten Lohn erhöhungen vor, so dass 1906 ein wöchentlicher Lohngewinn von £ 57 897 und 1907 von £ 200 212 resultierte.

Mit der Besserung der Wirtschaftsverhältnisse zeigen die Löhne im laufenden Jahre wieder eine steigende Tendenz; vom Januar bis Juni 1910 hatten an Lohn erhöhungen 299 435 und an Lohnkürzungen 145 750 Arbeiter teil.

Im Maurergewerbe waren 1909 die Lohnbewegungen nicht sehr umfangreich, aber doch bedeutender als 1908. Ihr Ergebnis war 1909 ein Lohnverlust, in den beiden Vorjahren ein Lohngewinn; von 1904 bis 1906 ein Lohnverlust und von 1900 bis 1903 wieder ein Lohngewinn. Die Beteiligung ist 1900 und 1901 viel grösser gewesen als in den späteren Jahren. — Einen Ueberblick des Umfangs und der reinen Ergebnisse der Lohnbewegungen, welche die Maurer von 1900 bis 1909 führten, bietet die folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Lohnbewegungen	Zahl der beteiligten Arbeiter	Reines Ergebnis: Wöchentlicher Lohngewinn (+) od. Lohnverlust (-) der Beteiligten
a) Ziegelmaurer:			
1900	39	5885	+ 12820*
1901	21	18752	+ 32640
1902	15	2186	+ 4040
1903	5	884	+ 600
1904	6	8000	- 6160

Jahr	Zahl der Lohnbewegungen	Zahl der beteiligten Arbeiter	Reines Ergebnis: Wöchentlicher Lohngewinn (+) od. Lohnverlust (-) der Beteiligten
1905	5	1642	+ 3080
1906	3	165	+ 400
1907	4	1995	+ 980
1908	3	205	+ 280
1909	8	3249	+ 4320

* 1 sh ist hierbei M. 1 gleich gerechnet.

Auf einen an Lohnänderungen beteiligten Ziegelmaurer kam eine durchschnittliche wöchentliche Lohnerhöhung von M. 2,10 1900, M. 1,70 1901 und M. 1,80 1902 sowie 1903; dann 1904 eine durchschnittliche Lohnkürzung von M. 2,10, 1905 von M. 1,90 und 1906 von M. 2,40; 1907 eine durchschnittliche Lohnerhöhung von M. —,50 und 1908 von M. 1,20; 1909 eine durchschnittliche Lohnkürzung von M. 1,30.

Bei den Steinmaurern betrug die in der Woche auf einen Arbeiter entfallende Lohnerhöhung 1900 durchschnittlich M. —,10, die Lohnreduktion 1901 M. 1,30, die Lohnerhöhung 1902 ebenfalls M. 1,30 und 1903 M. 2, die Lohnkürzung 1904 wieder M. 2, 1905 M. 1,90, 1906 M. —,50, die Lohnerhöhung 1907 M. 2, 1908 M. —,40 und die Lohnkürzung 1909 M. 1,60 pro Arbeiter.

Im ganzen kann das Ergebnis kein erfreuliches genannt werden. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist jedoch zu bedenken, dass die britischen Baugewerbe seit dem Beginn dieses Jahrhunderts unter einer schweren Krise zu leiden haben.

Im Jahre 1909 erzielten 1750 Ziegelmaurer in Liverpool und Birkenhead Lohnerhöhungen um 1/4 und 1/2 d in der Stunde (2 und 4 1/4); da aber zugleich die Arbeitsdauer um wöchentlich 3 Stunden verkürzt wurde, so resultierte für die Beteiligten ein wöchentlicher Lohnverlust um insgesamt £ 57 (M. 1190). Absolute Lohnreduktionen erlitten 1499 Ziegelmaurer um wöchentlich £ 154 und 1840 Steinmaurer ebenfalls um wöchentlich £ 154.

Alle Lohnänderungen, die 1909 im Maurergewerbe vorkamen, wurden ohne Arbeitseinstellung durchgeführt. An Veränderungen der Arbeitszeit war innerhalb der letzten zehn Jahre nur 1905 eine grosse Anzahl Bauarbeiter aller Kategorien beteiligt, nämlich 92 249, wovon 86 586 Arbeitszeitverkürzungen erzielten und die übrigen 5663 Arbeitszeitverlängerungen erlitten. Seither waren die Arbeitszeitverlängerungen ganz unbedeutend, Arbeitszeitverkürzungen erlangten 1906 14 429, 1907 14 432, 1908 10 097 und 1909 18 095 Bauarbeiter.

Im Jahre 1909 setzten 5120 Ziegelmaurer Arbeitszeitverkürzungen um durchschnittlich zwei Stunden und 272 Steinmaurer Arbeitszeitverkürzungen um durchschnittlich eine Viertelstunde in der Woche durch; die Arbeitszeit von 400 Steinmaurern wurde um durchschnittlich zwei Stunden in der Woche verlängert. Auch alle diese Änderungen fanden ohne vorausgehende Arbeitseinstellung statt. H. F.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 2. bis 8. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Niddorf M. 1000, Hamburg 700, Dresden 800, Rathenow 250, Königshagen i. Pr. 200, Mühlner (Oberlahnstr.) 160, Duisburg 170, Bergedorf 190, Neu-Ranglow 150, Wittenberg 150, Düsseldorf 150, Friedland 100, Dohleim 100, Welsenaue 100, Wirth a. Rh. 80, Summa M. 8800.

Zufüsse erhielten: Eppelheim M. 100, Schinkel 100, Lestgen 50, Gräfenhain 50. Summa M. 800.

Aktiva, 8. Oktober 1910.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuss, Submissionen usw.

Steinproben durch Brand. Auf dem Gelände der Kon. Zement- und Kalkindustrie-Ausstellung zu Berlin wurde vor einiger Zeit der Einfluß des Brandes auf die Haltbarkeit der Ziegel- und Kalksandsteine erprobt. Zu diesem Zweck wurde ein besonderes Gebäude errichtet, dessen Wände aus Ziegel- und Kalksandsteinen hergestellt waren, und zwar in der Weise hergestellt, daß auf zwei Kalksandsteinschichten zwei Ziegelschichten gemauert waren, denen wieder zwei Kalksandsteinschichten folgten usw. Um das Ergebnis der Untersuchung nicht durch Besonderheiten eines einzelnen Fabrikats beeinflussen zu lassen, wurden Kalksandsteine aus zehn verschiedenen Fabriken verwendet und auch die Ziegelsteine waren verschiedene Sorten. Eine Brandprobe, bei der die Hitze 1100 Grad Celsius betrug, ergab nach einer durch das Kgl. Materialprüfungsamt gemachten Mitteilung, daß eine Widerwertigkeit der Kalksandsteine gegenüber den Ziegeln nicht festgestellt werden konnte. Nur die Kalksandsteine einer Fabrik wiesen stärkere Beschädigungen auf, die anscheinend durch das Nachlösen von Kalkstein beim Anbringen der Mauern entstanden waren. An den Türen

waren sowohl die Ziegel- wie die Kalksandsteine zum Teil abgeprengt. Somit zeigten die Ziegelsteine eine Abprengung der äußeren Schalen, während die Kalksandsteine bis etwa 1 cm tief mürbe geworden waren. Der Fugenmörtel war an den Stellen, die vom Strahl des Hydranten getroffen worden waren, bei beiden Steinarten in gleicher Weise ziemlich tief ausgepiff. Ein Raum war gepußt worden; der Ruß wurde aber vom Feuer bis auf geringe Reste gerührt.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Im Monat Juni waren die Folgen der großen Bauarbeiteraussperrung, die auf dem Baugewerbe schwer gelastet hatte, noch nicht ganz überwunden. Zwar war der Anbruch von Arbeitsuchenden gegen den Vormonat erheblich zurückgegangen, er war jedoch immer noch etwas größer als im Monat des Vorjahres. Der Monat Juli brachte dem Arbeitsmarkt eine starke Entlastung, die diejenige des Vorjahres übertraf. Die Verschlechterung im Monat August erreichte aber nicht die Höhe des Vorjahres. Im September, für den die Ziffern noch nicht vorliegen, ist eine bedeutende Entlastung eingetreten, wie sie dieser Monat ja in jedem Jahre zu bringen pflegt. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, wie sich während der letzten fünf Jahre in den Monaten Mai bis Oktober der Anbruch bewegt. Auf je 100 offene Stellen kamen im Durchschnitt des Reiches für das gesamte Baugewerbe Arbeitsuchende:

	1905	1906	1907	1908	1909
Mai	108,55	115,31	110,48	107,06	96,52
Juni	108,67	104,17	110,18	108,80	88,30
Juli	150,97	147,58	142,74	160,90	184,60
August	112,25	155,79	147,92	160,80	119,90
September	182,90	159,26	186,57	145,29	—
Oktober	—	—	—	—	—

In den beiden ersten Jahren des angeführten Fünfjahres hatte von Juli auf August ein wenn auch geringes Nachlassen des Anbruchs von Arbeitsuchenden stattgefunden. Die beiden folgenden Jahre 1908 und 1909 brachten ein beträchtliches Anwachsen der Zahl der Arbeitsuchenden. Wüchsig auch im laufenden Jahre der Anbruch, so doch nicht in dem Maße, wie in den beiden Vorjahren. Für die einzelnen Berufsgruppen waren große Beschäftigten in der Gestaltung des Arbeitsmarktes zu beobachten. Es kamen auf hundert offene Stellen Arbeitsuchende:

	1909		1910	
	Juli	August	Juli	August
Maurer, Fußer, Stukkatoren	180,59	158,43	99,95	129,63
Zimmerer, Treppenschneider	136,66	126,99	133,37	144,63
Maler, Anstreicher, Lackierer	195,17	179,00	185,87	160,05
Glasler	155,11	107,45	128,41	98,92
Uebrige gelernte Berufe	136,92	208,85	198,80	182,89
Erdbauer, Bauaufseher, Spandlanger	158,43	139,62	124,30	123,41

Mit Ausnahme der Gruppen Maurer, Fußer, Stukkatoren und Zimmerer, Treppenschneider hat sich bei allen Gruppen der Anbruch vermindert. Am stärksten ist er bei den Glasern zurückgegangen, bei denen die Ziffern des Anbruchs von 128,41 auf 98,92 gefallen sind. Bei den Maurern, Fußern und Stukkatoren, denen der August des Vorjahres eine wesentliche Erleichterung gegen den Vormonat gebracht hatte, ist in diesem Jahre das Angebot von Arbeitsuchenden von 99,95 auf 129,63 hinaufgeschwollen. Gibt es innerhalb des Reiches Gebiete, in denen der Arbeitsmarkt für die Gruppe der Maurer eine Besserung erfahren hat, so sind auf der andern Seite auch wieder solche vorhanden, in denen die Lage im August 1910 ungünstiger war als im August 1909. In ihnen ist der Anbruch in diesem August noch oder wieder stärker als im August des Vorjahres. In der nachfolgenden Zusammenstellung sind diese Gebiete aufgeführt. Der Anbruch betrug in:

	1909		1910	
	Juli	August	Juli	August
Ost- und Westpreußen	104,7	185,0	168,7	229,7
Brandenburg	—	418,7	356,5	654,5
Polen	119,3	196,7	120,2	146,2
Sachsen	101,8	105,1	97,2	140,4
Hamburg	925,8	202,7	526,9	531,0

Besonders bemerkenswert ist die Steigerung gegen das Vorjahr in Hamburg, wo der Anbruch in diesem Jahre 531,0 auf 100 offene Stellen gegen 202,7 im Vorjahre betrug. Auch Brandenburg weist eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsuchenden gegen das Vorjahr auf. Hier kommen 1910 654,5 Stellenuchende auf 100 offene Stellen gegen 418,7 im gleichen Monat des Vorjahres. In der folgenden Zusammenstellung finden sich die Gebiete, in denen der August 1910 eine Verbesserung der Arbeitslage für Maurer, Fußer, und Stukkatoren gegen den Monat August 1909 brachte. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende in:

	1909		1910	
	Juli	August	Juli	August
Berlin	151,1	145,8	339,5	135,9
Sachsen	253,3	254,5	158,0	190,8
Schleswig-Holstein	166,7	131,6	78,7	122,8
Westfalen	279,4	200,7	46,5	49,4
Sachsen-Altenau	471,4	273,1	178,6	238,2
Rheinland	240,1	191,7	45,0	69,2
Bayern	120,7	140,5	133,2	91,8
Sachsen (Königreich)	113,1	81,7	74,0	61,8
Württemberg	175,5	202,6	85,5	126,2
Baden	184,4	223,5	111,8	97,7
Hessen	333,3	575,0	256,2	414,3
Alten	388,7	891,1	196,2	271,7
Sachsen-Altenau	149,3	95,4	114,9	77,3

In allen diesen Gebieten ist die Entlastung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahre erheblich. Allerdings weisen die Anbruchsziffern beträchtliche Unterschiede der einzelnen

Landesteile untereinander nach. Während in Hessen der Andrang absolut sehr stark ist, ist er in Rheinland-Westfalen und im Königreich Sachsen niedrig. Es kommt jedoch weniger auf die absolute Höhe der Belastung des Arbeitsmarktes an, als vielmehr auf die Bewegung von einem Monat zum andern. In dieser Beziehung ergibt sich für die aufgeführten Landesteile eine Gleichrichtung gegen das Vorjahr und zum Teil auch eine solche gegen den Vormonat.

Aus der Schweiz.

Soweit die Situation zu übersehen ist, herrscht gegenwärtig in der Schweiz allgemein eine lebhaftere Bau- und Bauwirtschaft, so daß eine große Zahl von Bauarbeitern beschäftigt ist. Große Kämpfe sind zurzeit nicht zu beobachten, wenn schon es an Differenzen und vorübergehenden Konflikten nicht fehlt. In Luzern streiten die Bauarbeiter, und die Bauunternehmer bemühen sich, dem Kampfe außer mit Streikwaffen auch noch mit Mandatieren, indem sie eine lange Zeit in Winterkur praktiziert worden bei drei Baumfirmen zu den neuen Bedingungen arbeiten, die jetzt noch starkzählige Unternehmer werden nachgeben müssen. Eine Lohnbewegung in Bern dauert noch fort. Die Unternehmer gekamben vor dem Einigungsamt gemäß 2 Centimes Erhöhung des Stundenlohnes für die Maurer und 1 Centime für die Handlanger im nächsten Jahre zu, und zwar in dem Sinne, daß der Durchschnittslohn in jedem Geschäft 65 resp. 46 Centimes betragen soll. Ein solches „Entgegenkommen“ ist Kaufkraft, mit dem man nichts oder auch alles anfangen kann.

Der letzten erschienenen Geschäftsbericht der Stadt Zürich orientiert über die Bautätigkeit im Jahre 1909. Nach ihm sind 814 Neubauten erstellt worden, und zwar 199 reine Wohngebäude, 66 Wohn- und Geschäftsgebäude, 19 andere Gebäude mit Wohnungen und 49 Gebäude ohne Wohnungen. In den Wohngebäuden befinden sich 1283 Neubauten beträgt Fr. 29 400 000. Man erzählt auch etwas über den Grundbesitzwechsel. Es wurden im Jahre 1909 1776 Liegenschaften im Werte von 119,38 Mill. Frank umgelehrt, und zwar 1290 im Werte von 101,43 Mill. Frank freihändig und 133 im Werte von 11,16 Mill. Frank auf dem Wege der Zwangsversteigerung.

Die Bevölkerung der Stadt Zürich ist von 180 224 am 1. Januar 1909 auf 184 517 Ende 1909 gestiegen, und davon waren 124 405 Schweizer und 60 112 Ausländer, so daß diese ein Drittel der städtischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Dieses starke Mißverhältnis zwischen Zu- und Ausländern, wobei es sich in den letzten hauptsächlich um Arbeiter handelt, hat für die sozialdemokratische Partei die unheilvollsten Folgen. Denn, da die Masse der hier wohnenden ausländischen Arbeiter, wovon Tausende von Sozialdemokraten, nicht stimmberechtigt sind, gehen sie der Partei bei allen ihren politischen Aktionen verloren, und so hält es ungemünz herum, endlich eine sozialdemokratische Mehrheit zu erlangen, obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der Ausländer, ungewissermaßen sozialdemokratisch ist. Sätte die Stadt Zürich eine Zusammenfassung ihrer Bevölkerung wie die deutschen Großstädte, in denen die Ausländer gewiß weit weniger als 30 pSt. der gesamten Einwohnerzahl ausmachen, so hätte unsere Partei auch in der größten Stadt der Schweiz schon längst die Mehrheit. Das wissen auch die bürgerlichen Parteien, und so wollen sie nichts davon wissen, die heute so viel Geld erwerbende Erwerbung des Schweizerbürgerrechts zu erleichtern. So sind im Jahre 1909 von den 60 000 Ausländern in der Stadt Zürich nur 1242 eingebürgert worden, eine völlig bedeutungslose Zahl. Dabei dürfte es sich meistens um besserstufierte, also bürgerlich und antizionaldemokratisch gesinnte Leute gehandelt haben, so daß unsere Partei davon keinen politischen Gewinn hat, im Gegenteil nur weitere Benachteiligung.

Wemerkenswert ist der große Grund- und Häuserbesitz der Stadt Zürich. Ihr gehören 642 Grundstücke im Flächeninhalt von 423 Hektaren und 362 Gebäude im Versicherungswerte von 14 Mill. Frank. Die Zahl der Wohnungen beträgt 587, die der Geschäftsräume (Wirtschaften, Verkaufsstellen, Werkstätten, Magazine) 263. Die Mietshäuser waren Fr. 550 000, die Lagerplätze Fr. 14 000 und die übrigen Grundstücke Fr. 74 000 Zins ab. Nach den städtischen Wohnungen besteht immer lebhaft Nachfrage, die aber nur zum Teil befriedigt werden kann. Ueber die Erfahrungen, die die Verwaltung mit der Vermietung und Nutzung der Häuser macht, sagt der Bericht, daß sie „andauernd befriedigende sind“. Anlaß zu Klagen geben auch im vorliegenden Jahre nur verhältnismäßig wenig Mieter. Diese Befestellungen sind sehr ermutigend für den kommunalen Wohnungsbau. Neu begogen wurden im Jahre 1909 347 Gebäulichkeiten gegen 334 im Jahre 1908, wobei es sich in der großen Mehrzahl der Fälle um Wohnhäuser handelte. Die Wohnungs-kontrolle machte 1243 Maßnahmen zur Beseitigung von Mibständen in den Wohnungen notwendig. Die Durchführung der Anordnungen war mit 403 Strafverfügungen verbunden.

Die Gerüstkontrollleure berichteten folgendes: Am Ende des Berichtsjahres betrug die Zahl der kontrollierten Gerüste, Gebäudeabdrücke und Notdächer 2263, nämlich 276 Sperrgerüste für Tiefbau, 278 Gerüste für Neubauten, 187 Gerüste für An-, Um- und Aufbauten, 1392 Fußgerüste und Gerüste für Reparaturen an Fassaden, für Kamine, Montage- und Eisenbetonbauten, 89 fliegende und Gängegerüste und mechanische Vorrichtungen sowie 46 Gebäudeabdrücke und Notdächer, zusammen 2263 gegenüber 1976 Gerüsten im Vorjahre. Es ergibt sich somit ein Mehr von 287 Gerüsten und damit die höchste Ziffer der kontrollierten Gerüste seit Einführung der Gerüstschau. Es fanden 9039 Kontrollbesuche statt, also 2145 mehr als 1908. Von den 2263 Gerüstungen wurden 1455 angemeldet, in 808 Fällen keine Anzeige erstattet. Von der Beseitigung von Gerüsten wurde nur in 474 Fällen Anzeige gemacht. Diese Ziffer beweist, daß von Seiten der Baumeister auch die Pflicht zur Abmeldung der beseitigten Gerüste stark vernachlässigt wird. Wegen wiederholter Versummisse der Anzeigepflicht wurden die schwersten Baumeister verurteilt und in sechs Fällen Buße verhängt. Schriftliche Verfügungen mußten in 65 Fällen

erlassen werden. Wegen mangelhafter und gefahrdrohender Gerüstungen erfolgten 51 Bauinsetlungen, in 14 Fällen unter Bezug polizeilicher Hilfe. Auf den Bauplänen ereigneten sich 15 Unfälle, die teils auf mangelhafte Rüstungen und Schutzvorrichtungen, teils auf Unachtsamkeit beim Erstellen, Begehen und Beseitigen der Gerüste zurückzuführen waren. Von den 15 Verunglückten wurden 7 schwer und 4 leicht verletzt, 4 (2 Pfalterbuben, 1 Spengler und 1 Dachbeder) starben. Ein Todesfall wurde durch mitleidiges Herumspringen auf den Dachfluten von Betroffenen selbst herbeigeführt. In drei Fällen erfolgte Ueberweisung der Verletzten an die Bezirksanwaltschaft.

Unterrichtsräume für die Arbeiter wurden im ganzen 85 kontrolliert. Wegen mangelhafter Erstellung und mangelhafter innerer Einrichtung, welche letztere überhaupt meistens zu wünschen übrig ließ, mußten die verantwortlichen Ersteller in 66 Fällen verurteilt werden. Der Vorbericht der Verordnung vom 13. November 1907, betreffend Schutzvorrichtungen in der Hütte, Spindmägen und Sägen mit Verbänden und Medikamenten, wurde fast gar keine Beachtung geschenkt. Mit Rücksicht darauf, daß die Kontrolle über die Bauarbeiten erst im Berichtsjahre eingesetzt hatte, wurde von den Strafbestimmungen des Baugesetzes bis jetzt kein Gebrauch gemacht. Das ist sehr rüchsigswoll gegen die kapitalistischen Gesetzesberähter, die ihrerseits bekanntlich keinerlei Mühsigkeiten gegen die Arbeiter kennen und bei Streiks die Behörden direkt zum rüchsigstlosten Vorgehen gegen die Arbeiter aufordern.

Der Bericht enthält auch Mitteilungen über den Maurerachkurzus, an dem sich in diesem Jahre 65 Schüler beteiligten und der vom 10. Januar bis 26. Februar 1910 dauerte. Er stand unter der Leitung des Architekten W. Mooser, der darin von einem Holzer und fünf Maurern unterstützt wurde. Außer den gewöhnlichen für den Maurer wichtigsten Arbeiten kamen in diesem Jahre Übungen in der Erstellung von Fachmannarbeiten zur Behandlung, die für den vorgefertigten Lehrling eine vorzügliche Übung bilden und infolge ihrer Exakten und äußeren Ausführung den ungetriebenen Fall der den Kurzus besuchenden Fachleute fanden.

Während in den beiden vorhergehenden Jahren das ziemlich umfangreiche und wertvolle Inventar von der städtischen Materialverwaltung in ungenügenden Lokalen untergebracht werden mußte, konnte jetzt in einem Schulhause ein geeigneter Kellerraum als Magazin zur Verfügung gestellt werden. Von einigen Baumeistern erfuhr der Kurzus willkommene Unterstützung durch zum Teil unentgeltliche Abgabe von Baumaterialien und Ausführungsplänen. Die Resultate der Schulprüfung wurden von den Experten durchweg günstig beurteilt und die Abhaltung weiterer Kurse sehr warm befürwortet.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Stützpunkt der Arbeiterbewegung ist am 1. Oktober geschaffen worden, und zwar in einer Gegend, wo es bisher sehr daran fehlte. In Zug ist ein neues Arbeiterblatt, „Wolfsbach“, beliebt, als sozialdemokratisches Parteiorgan gegründet worden. Wir gratulieren unsern Kollegen zu dieser neuen Waffe. Sie müssen und müssen heute noch einen schweren Kampf führen; Unternehmern und Unternehmerität verbindet sich dort mit einer geistigen Finsternis zu einem ähnen Kampfe gegen die totaldemokratische unabhängige Arbeiterbewegung. Das neue Arbeiterorgan, das als Tagblatt erscheint, wird den Feinden schnellig entgegenzutreten können, wenn die organisierte Arbeiterkraft für die nötige Unterstützung sorgt. Wir empfehlen unsern Mitgliedern in Westpreußen dringend, die „Wolfsbach“ zu abonnieren und für ihre Verbreitung zu arbeiten.

Soziales.

Von dem Rückgang der Vergarbeiterlöhne. 120 310 390 (Einbunderzwanzig Millionen, dreihundertgehtausend, dreihunderneunzig Tausend) Wohnverleiher haben die Vergarbeiter im preußischen Bergbau in den letzten 2 1/2 Jahren, vom ersten Quartal 1908 bis einschließlich zweiten Quartal 1910, allein durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungerneht der Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Preisrückgänge entstanden sind.

Das sind gewaltige Verluste, die sich durch die wirtschaftliche Lage der einzelnen Werke in keiner Weise rechtfertigen. Gai doch eine große Anzahl Werke während dieser Zeit noch höhere Gewinne erzielt als während der Hochkonjunktur. Weiter kann die Rücksichtslosigkeit und die Profitgier nicht mehr geben.

Die Durchschnittslöhne pro Schicht und die Gesamtlohnverluste betragen in den einzelnen Revieren:

Table with 4 columns: Revier, 4. Quartal 1907, 2. Quartal 1910, Gesamtlöhnergebnis. Rows include Ruhrgebiet, Oberschlesien, Niederschlesien, Saargebiet, Magdeburger Revier, Haller Braunkohlenrevier, Silesisch-Braunkohlenrevier, Haller Salzbergbau, Clausthaler Salzbergbau, Mansfelder Erzbergbau, Siegerer Erzbergbau, Naussaer Erzbergbau, Niederschlesischer Erzbergbau.

Summa... 120810390

Gegen das Jahr 1909 sind die Löhne in Ober- und Niederschlesien, im Saargebiet, Silesisch-Braunkohlen- und Clausthaler Salzbergbau weiter um 1 bis 6 pSt pro Schicht gesunken; in den andern Revieren sind sie um 2 bis 9 pSt pro Schicht gestiegen. Im Saargebiet, wo

„Vater Staat“ dominiert, stehen die Löhne nicht wesentlich höher als vor 20 Jahren.

Der Jahreslohn stand im Ruhrgebiet 1909 M 284 oder 24,2 pSt. höher als 1891, im Saargebiet dagegen M 1 oder 0,9 pSt. niedriger.

Durch diese Zahlen werden die Erfolge der „Christen“ im Saargebiet, von denen sie schon soviel Aufsehens gemacht haben, recht drastisch beleuchtet. Aber auch „Vater Staat“ als Arbeitgeber erscheint in einem sehr schlechten Lichte. Trotzdem richtete der preussische Minister für Handel und Gewerbe, v. Seydow an die königliche Bergwerksverwaltung in Saarbrücken einen Erlaß, worin er sich über die geringe Rentabilität der Saargebiete beschwert und mit der Mahnung schließt, zurzeit keine Lohn-erhöhungen vorzunehmen. Dabei werden die Saargebiete immer noch einen Ueberschuß von etwa 8 Millionen Mark abwerfen.

Die zenträmlische „Saarpfist“ widmete diesem Erlaß einen Artikel, worin sie über die Not der Arbeiter jammert und alle Schutz auf die Rationalisierern abzuwälzen sucht. Eine Zuschrift eines Vergarbeiters sagt zum Schluß: „Was hat mit der Königsstreu genützt?“

Nichts hat den Saargebieten ihre Königsstreu genützt! Sie sind dabei immer armer, das Elend ist in ihren Familien immer größer geworden. Das Gesagte aber nicht nur durch die nationalliberale Partei, wie das Zentrum glauben zu machen sucht, sondern auch mit Hilfe des Zentrums. Als sich die lippeischen fiktionalen Vergarbeiter, die nur einen Jahreslohn von durchschnittlich M 900 verdienen, im vorigen Jahre mit einer Petition an den preussischen Landtag wandten, worin sie um eine Lohn-erhöhung von 30 pSt pro Schicht baten, da war es ein Zentrumsaßgeordnet, der jastfam bekannte August Prust, der empfiel, diese Forderung abzulehnen. Und die „Christen“ Arbeiterabgeordneten Imbusch, Wiesberts usw. lehnten gemeinsam mit den Junkern, Nationalliberalen und dem Zentrum, die winzige Lohn-erhöhung ab. Dieselben Leute stimmten aber dann für eine Erhöhung der Spareregelder um 12 1/2 Millionen Mark. Gerade die „Saarpfist“ ist es aber auch, die das alles gutgehehen hat, die bisher alle Maßnahmen verteidigt, wodurch der Arbeiterstand die notwendigen Lebensmittel verteuert und der Reallohn berringer wurden; ihre Klagen über die Armut der Saargebiete sind daher pure Heuchelei, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den Sünden des Zentrums abzulenken. Und wir sind überzeugt, daß das Zentrum auch fernerhin zu jedem Ver- rat an den Arbeiterinteressen bereit ist. Man soll sich darum die Krotobilstränen sparen.

Soziale Rechtsprechung.

g. Strittige Betriebsunfälle. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß wurde zur Unfallversicherung u. a. gefordert: „Der Begriff des Betriebsunfalles ist auf jene Unfälle auszudehnen, die auf dem Wege nach und von der Arbeit eintreten.“ Wesentlich heißt die Reichsversicherungsordnung eine betraktige Ausdehnung nicht vor. Nach der heutigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts tritt der Arbeiter erst mit dem Eintreffen auf der Arbeitsstelle in den Raum des betrieblichen Betriebes und scheidet nach Einstellung der Arbeit mit dem Verlassen der Arbeitsstätte aus dem Betriebsraume aus. Es sind daher Unfälle, die sich auf dem Wege zu und von der Arbeitsstätte ereignen, in der Regel nicht als Betriebsunfälle anzusehen. Insbesondere sind die Gänge des Arbeiters von und zu seiner Arbeitsstätte nicht schon um deswillen Betriebsvorgänge, weil sie im weiteren Sinne die Arbeitsverrichtung ermöglichen. Sie sind vielmehr Handlungen, die nur zu dem Zwecke erfolgen, um erst zu dem Betriebe zu gelangen und nach Beendigung desselben nach Hause zurückzukehren. Der Arbeiter, der sich zur Arbeitsstelle begibt, oder von dieser zurückkehrt, nimmt lediglich die „eigen wirtschaftliche“ Tätigkeit vor, die im Gegenjake zur Betriebsstätigkeit steht. Im dieser zugerechnet werden zu können, muß der Umfang hinkuneten, daß der Gang nach seiner zweifellosen und unmittelbaren Zweckbestimmung im Rame des versicherungspflichtigen Betriebes erfolgt. Im Anschlusse hieran sollen nun aus den bis jetzt erschienenen Berichten der Arbeitersekretariate folgende Fälle dargelegt werden. Nach dem Offenbacher Bericht fuhr ein Pfahlerer mit seinem Rad von der Arbeitsstelle nach dem Bahnhof Wschaffenburg, um von dort aus mit der Bahn nach Hause zu fahren. Als er die Treppe des Bahnhofs herunterging, machte er ab und hatte sich den linken äußeren Fußstüchel gebrochen. Betriebsunfall wurde in diesem Falle nicht anerkannt. Daß der Heimweg unter Benutzung der Eisenbahn zurückgelegt werden mußte und zu diesem Zwecke noch die Eisenbahn zu benutzen war, sei ohne Belang. Nach abgeschlossener Betriebsstätigkeit sei jeder Heimweg, mag er nun zu Fuß, zu Wagen oder unter Benutzung eines sonstigen Verkehrsmittels zurückgelegt werden, der Betriebsstätigkeit nicht mehr zugurechnen. — Der Wiesfelder Bericht erwähnt einen Fall, bei dem ein Schlosser dadurch einen Unfall erlitt, daß er auf dem Wege zur Arbeit beim Einbiegen in das Fabriktor insolge Glättees ausrutschte und zu Fall kam, wobei er sich einen Bruch des rechten Fußgelenkes zuzog. Schiedsgericht sowie Reichsversicherungsamt sprachen diesem Verletzten eine Rente zu. Es war festgestellt worden, daß der niederfallende Körper, wenigstens zum Teil, auch auf Betriebsgelände aufgeschlagen ist. Wäre der Verletzte nun aber ein paar Schritte vorher gefallen, kann wäre er leer ausgegangen. Hoffentlich gelangt es bei Beratung der Reichsversicherungsordnung, die Unfälle auf Wegen ausnahmslos den Betriebsunfällen zugurechnen.

In der Resolution zur Unfallversicherung wurde vom Gewerkschaftskongreß weiter noch die Forderung aufgestellt: „Gleich den Unfällen sind die Gewerbe- und Klimatischen Krankheiten zu entschädigen.“ Ueber die Streitfrage: Unfall oder Berufsfrankheit berichtet das Saargebieder Sekretariat. Ein Arbeiter war in einer Holzhandlung drei Tage lang mit Tragen von Brettern beschäftigt. Gleich am ersten Tage hatte er sich auf der Schulter eine Verletzung zuzugewunden, woraus sich eine Wulvergeschung entwickelte, die eine lange Erwerbsunfähigkeit und später teilweise Erwerbsbeschänkung nach sich zog. Die Werks-genossenschaft lehnte den Unterstützungsanspruch jedoch mit

der Begründung ab, es liege kein Unfall vor, sondern eine Berufskrankheit, die sich nach und nach entwickelt hätte, und für Kranksein habe sie nicht aufzukommen. Da aber die Verletzung gleich am ersten Tage eingetreten und sich durch fortwährende Reibung auf der Schulter noch verschlimmert hatte, wurde vom angerufenen Schiedsgericht das Vorliegen eines Betriebsunfalles angenommen und somit dem Kläger die Rente gewährt.

Hippschlag als Betriebsunfall. Nach dem Dresdener Bericht starb ein Arbeiter auf einem Bauplatz bei einer Hitze von 32 Grad. Der hinzugerufene Arzt stellte Hippschlag fest. Es wurde festgestellt, daß die Baugrube im Osten, Süden und Westen vollständig von der glühenden Sonne bestrahlt wurde. Die Nordseite bildete eine Mauer aus Ziegeln, ohne Mörtelbewurf. Diese Wand, in deren unmittelbarer Nähe der Verstorbene gearbeitet hatte, strahlte die hier aufgefangene Hitze auf den Bauplatz zurück. Hippschläge werden nun aber von den Berufsgenossenschaften nicht ohne weiteres als Betriebsunfälle anerkannt. Auch im vorliegenden Falle erfolgte die Ablehnung der Rente an die Hinterbliebenen. Die Berufsgenossenschaft stützte sich auf ein Gutachten ihres Vertrauensarztes, der u. a. folgendes ausführte: Die Lufttemperatur sei nicht sehr hoch gewesen, unsere Truppen in Südwest-Afrika hätten zwischen 40 bis 60 Grad ertragen und seien dabei mit Gepäck 40 Tage marschiert. Betriebsunfall liege nicht vor, es seien auch anderweitige Todesmöglichkeiten vorhanden und hier wahrscheinlich. Auf eingereichte Verurteilung forderte das Schiedsgericht noch ein Gutachten eines Professors ein, der dafür eintrat, daß der Tod mit größter Wahrscheinlichkeit mit Veränderungen in Zusammenhang gebracht werden müsse, die durch die ungünstigen äußeren, insbesondere Bitterungsverhältnisse herbeigeführt oder in ihrer Entstehung begünstigt waren. Das Schiedsgericht sprach auf Grund dieses Gutachtens den Angehörigen die Rente zu. Der in dem andern Gutachten angeführte, "sehr hindere Vergleich" mit der Hitze in Südwest-Afrika wurde vom Schiedsgericht absolut nicht beachtet.

Tod infolge Betriebsunfalles oder Herzkrankheit? Nach dem Lübecker Bericht hatten sechs Arbeiter auf einer Schiffswerft eine schwere Schiffschraube von etwa sechs bis sieben Zentner Gewicht zu transportieren. Einem dieser Arbeiter fiel diese Arbeit sehr schwer; er hat, die Schraube doch einmal niederzulegen, da er kaum noch tragen könne. Seine Mitarbeiter entpanden aber seinem Wunsche nicht, da sie befürchteten, die schwere Schraube nicht mehr aufheben zu können. Nach Beendigung des Transportes gingen die genannten sechs Arbeiter zur Entladung von Ballast auf ein anderes Schiff über. Ehe sie aber diese Arbeit angingen, fiel plötzlich der, der über die schwere Last geklagt hatte, rüchlings nieder und war sofort tot. Der Arzt konstatierte Herzschlag infolge Erkrankung und Verstopfung der Kranzschlagadern. Auch hier lehnte die Berufsgenossenschaft die Rente an die Angehörigen ab. Schiedsgericht sowie Reichsversicherungsamt, bewilligten jedoch die Rente, da es nach ärztlichem Ermessen als erheblich und durchaus wahrscheinlich erachtet werden müsse, daß die Verstopfung von Kränzen von der erkrankten Schraube und der Verstopfung der rechtsseitigen Kranzschlagader eine Folge der Muskelanstrengung beim Tragen der Schiffschraube gewesen sei. Unter „Unfall beim Betriebe“ im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes ist also ein mit dem Betriebe in Verbindung stehendes zeitlich bestimmes Ereignis zu verstehen, das in seinen, möglicherweise erst allmählich hervor tretenden Folgen den Tod oder die Körperverletzung des Versicherten zur Folge hat. Aufgabe des Reichstages des Reiches bei Beratung der Reichsversicherungsordnung sein, dafür zu sorgen, daß auch die aus dem Betriebe selbst und dessen Einwirkungen sich allmählich entwickelnden gewöhnlichen Krankheiten den Betriebsunfällen zugerechnet werden.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 1. Heft des 29. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine akademische Jubelfeier. Epitaph zur Biographie von Karl Marx. Von Franz Wehring. — Reformieren wir die Arbeiterpartei. Von S. Köstgen (London). — Die Feuerung. Von W. Nachimson. — Der Tarifvertrag in der gewerblichen Metallindustrie. Von Friedrich Kreis (Halle a. d. S.). — Erklärung. Von Karl Kappel. — Hierarchische Mundschau: Paul Kampffmeyer, Geschäftsführer der Gesellschaftskassen in Deutschland. Von Heinrich Cuirow. Henry Sienkiewicz, Prusse et Pologne. Von Hermann Wendel. — Zeitschriftenkauen. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Warum ich kein Sozialdemokrat bin. Von Dr. phil. Siegf. Hart. Verlag von G. Virl & Co. m. b. H. in München. Preis 50 Pf. Unter diesem Titel verbirgt sich eine politische Satire auf die Praktiken und die Methode des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Satire ist so gelungen, daß reaktionäre Zeitungen sie ihren Lesern als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie empfohlen haben. Unsere Leser werden dem Verfasser mit vielem Vergnügen auf dem wenig begangenen Gebiete der politischen Satire folgen und dabei Gelegenheit haben, die Kampfmittel der Sozialen als altes Gerümpel entfällt zu sehen. Denn dieses, was in der Schrift „Bühne“ erscheint, wird bei den Reichstagswahlen ganz ernsthaft als Waffe gegen die Sozialdemokratie gebraucht werden.

Karl Jelle. Durch Dornen und Dornen. Gedichte eines Proletariats. Verlag von G. Baerer & Co., Harburg (Elbe). Preis 50 Pf.

Ein neuer proletarischer Dichter erscheint mit seinem Erstlingswerke auf dem Platze. Ein Proletarier, der nach

harter Tagesarbeit in den Nachtstunden mit der Muse Zwiesprache gepflogen hat, bietet seinen Klassenangehörigen einige ausgewählte Früchte seiner dichterischen Betätigung:

Man lief mich fremd über morschen Steg,
Der unter mir tragend zerbrach,
Durch Dornen und Dornen trotz mein Weg,
Die Seele ward mir gestochen!

So singt Karl Jelle in dem Einleitungsgebiete, aber er ist keinen Weg weiter gegangen; Dornen und Dornen hat er zertert, das Unkraut hat er ausgerodet und nun arbeitet er rüthig daran, das Neuland einer glücklicheren Zukunft zu bauen:

Noch harret meiner der blanke Pflug,
Die nahigen Schollen zu wenden,
Dann säen andere beim Kerchensflug,
Dann säen sie aller Erben.

Es ist viel Dorniges und Stacheliges in den Gedichten, aber auch viel Hoffnungsvolles und Zukunftstrohes. Die Verse sind geboren aus der Empörung über das schreiende Unrecht der Gegenwart, aus der Erbitterung über die wirtschaftliche, geistige und politische Knechtschaft, worin das moderne Proletariat schmachtet, aber sie klingen aus in einen Hymnus auf die weltbefreiende Arbeit und den Sieg des sozialistischen Gedankens. Der Dichter wird manchmal zum Spötter und schlägt mit der Geißel der Satire drein, aber er hat auch Töne inniger Liebe und reiner Naturfreude auf seiner Leier. Wir sind überzeugt, daß manch ein Genosse, manch eine Genossin zu dem Wächlein greifen wird, dessen äußere Ausstattung allen billigen Anforderungen entspricht. Mögen viele Kaufende sich an den Feilsetzern entschließen, die einem Proletarierherzen entquollen und dem Proletarierherzen gewidmet sind!

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 21. Nummer des 27. Jahrganges im Umfange von 16 Seiten erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 1 des 21. Jahrganges. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.

Briefkasten.

E. B., Celle. Der Name dieser Firma ist uns nicht bekannt geworden.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Heile kosten 10 Pf.)

- Berlin. Am 6. Oktober starb unser Mitglied Albert Brumm im Alter von 58 Jahren an Herdentleiden.
Bromberg. Am 8. Oktober starb unser Mitglied K. Bock im Alter von 52 Jahren an Schwindsucht.
Coburg. Am 1. Oktober starb unser treues Mitglied Alfred Fischer im Alter von 55 Jahren an Nierenleiden.
Danzig. Am 1. Oktober starb der Kollege W. Möller im Alter von 32 Jahren an Lungenleiden.
Döbeln. Am 29. September starb nach kurzem, schwerem Leiden der Kollege Richard Näther aus Hermsdorf im Alter von 37 Jahren an Bauchfellentzündung.
Hannover. Am 29. September starb infolge eines Schlaganfalles unser Kollege Ed. Naasberg im Alter von 44 Jahren. — Am 5. September starb im Alter von 35 Jahren unser Kollege Christian Pfirnan an einem chronischen Nierenleiden.
Harburg. Am 5. Oktober starb unser Kollege Ludwig Volmer im 60. Lebensjahre an Schlaganfall.
Helmstedt. (Bahlstille Eppelheim.) Am 3. Oktober starb unser Mitglied Joh. Spath im Alter von 51 Jahren an Lungenentzündung.
Köln. Am 3. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Emil Hoffmann aus Grünwald im Alter von 24 Jahren an den Folgen eines im Februar erlittenen Schlaganfalles. Wir verlieren in ihm einen unserer besten Kollegen.
Leunburg a. d. Elbe. Am 5. Oktober starb unser treuer Kollege W. Moldenhauer im 84. Lebensjahre an Herzschlag.
Leipzig. Am 6. Oktober starb unser langjähriger Verbandskollege Paul Kautsch an den Folgen einer Verletzung durch ein Automobil.
Mann. (Bahlstille Merlein.) Am 5. Oktober starb nach langer Krankheit unser Kollege Georg Kussel im Alter von 48 Jahren an Lungenentzündung.
Dönnbrück. Am 8. Oktober starb unser Kollege Karl Kiessner im Alter von 50 Jahren.
Stoll i. B. Am 2. Oktober starb unser treuer Kollege Paul Gill im Alter von 36 Jahren an Magenkrebs.
Ehre ihrem Andenken!

Otto Doil, Harburg, geboren den 24. September 1889 zu Es handelt sich um Erbschaftsangelegenheiten. [M. 1,20]
Franz Doil, Berlin, Stargarder Straße 72, 2. Aufg., 3. Et.

Aloys Rybka, Harburg, geboren den 4. Dezember 1880 zu Kieckstadel, wird erucht, seinen Verpflichtungen dem Zweigverein Harburg, gegenüber nachzukommen. [M. 1,20]

Zweigverein Hannover. Unsere Büroräume befinden sich seit dem 1. Oktober b. J. im Gewerkschaftshaus, Nifalstr. 7, 3. Et., Zimmer 34. Harberge daselbst, Eingang Oboonstraße. Der Zweigvereinsvorstand. [M. 1,80]

Cuxhaven. Sonntag, den 30. Oktober, findet hier im „Gasthaus zur Sonne“ die

Fahnenweihe für die Organisation der Maurer und Bauhilfsarbeiter statt. Alle unsere Kollegen sowie sämtliche umliegende Zweigvereine werden hiermit zur Beteiligung freundlichst eingeladen. Um 2 1/2 Uhr: Festzug; dann Ball. Der Vorstand. [M. 3,90]

Mittweida. Sonntag, den 23. Oktober, findet im Lokale „Sängerballe“ unser

Sechzigstes Stiftungsfest statt. — Alle Mitglieder des Zweigvereins und deren Angehörige sind dazu freundlichst eingeladen. Das Komitee. [M. 3]

Wesenberg. Sonntag, den 16. Oktober, feiert unser Zweigverein im Lokale des Herrn Otto Heidenreich in Wustrow sein Diesjähriges Stiftungsfest bestehend in Konzert und Ball. Anfang nachm. 4 Uhr. Die organisierten Kollegen von Wesenberg und Umgegend sind hiermit freundlichst eingeladen. Der Vorstand. [M. 3,60]

Adressenveränderungen. V bedeutet Vorhänger, K Kasserer, L Vertreterslot, H Harberge, Rz. Reiseunterstützung wird ausgesetzt sein.

- Erding. V Bartel Tauber, Freisinger Vorort 102.
Goldap. V Otto Eulz, Schulstr. 424.
Gorgast. L Bei Gustav Meck in M-L-Zuhaband. Dort finden auch die Versammlungen statt.
Köln. K Paul Hoffmann, Kaiserplatz 24.
Königsberg. V Wiese, Lindenstr. 6, 1. Et.
Pyriz. K Paul Hilgenius, Zeitungsgelehrte 3.
Schivelbein. K Carl Letting, Köpferstr. 4.
Weimar. V Adam Schmid, Buttelsdorfer Straße 92; K Alfred Schöps, Buttelsdorfer Straße 98, 1. Et.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw. Spandau. K Mag. Hinz, Bergstr. 14, 1. Et.

Versammlungs-Anzeiger. Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonnabend, den 15. Oktober. Bergedorf. Abends 8 Uhr im Lokale „St. Petersburg“.

Sonntag, den 16. Oktober. Belzig. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokale bei Fritz Zipse. Radm. 3 Uhr im Franziskaner Lokale. L.-D.: Besprechung und Verschließens. Referent kommt! Striegau. Radm. 3 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im „Härt Bismarck“.

Sonabend, den 22. Oktober. Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der Harberge zur Heimat.

Sonntag, den 23. Oktober. Köln. Vorm. 10 1/2 Uhr Generalsekretariat im Volkshaus. L.-D.: Stellungnahme zum Kartell- und Volksbeitrag. Vorstandsb. und Kassierbericht vom dritten Quartal. Verschließens.

Sonntag, den 30. Oktober. Hintersee. Nachm. 1 Uhr im Gasthaus „Zum deutschen Hause“, Achenburg. L.-D.: Abrechnung vom zweiten und dritten Quartal. Abrechnung von der Ausprägung. Verschließens.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw. Sonntag, den 16. Oktober. Luckenwalde. Nachm. 3 Uhr bei Lehmann, Stiftstraße. L.-D.: Kassenericht Verschließens.

Donnerstag, den 20. Oktober. Weissensee. Abends 8 Uhr im Kasernenst. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Verschließens.

Sonabend, den 22. Oktober. Pankow. Abends 8 1/2 Uhr Generalsekretariat bei Krosch, Schulstr. 8. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Kassenericht Verschließens.

Sonntag, den 23. Oktober. Spandau. Vorm. 9 1/2 Uhr bei Gottwaldt, Schönwalderstr. 80. L.-D.: Quartalsabrechnung. Kassenericht Verschließens. Danzig. Vorm. 10 Uhr Generalsekretariat im Lokale des Herrn Schmidt, Bismarckstr. 6. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Kassenericht Verschließens und Aufnahme neuer Mitglieder.

Frankfurt a. d. O. Vorm. 11 Uhr. Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr bei Thomas. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal.

Sonntag, den 30. Oktober. Gross-Lichterfelde. Vorm. 9 1/2 Uhr bei E. Richter, Chausseest. 104.